

Die „Volkswacht für
Schlesien, Posen und
die Nachbargebiete“ ist
durch unsere Expedition,
Weißberggasse 64, durch
die Post u. durch Colporteurs
zu beziehen.

Preis vierteljährlich 2.50.
pro Woche 20 A

Die „Volkswacht für
Schlesien, Posen und
die Nachbargebiete“ er-
scheint wöchentlich 6 Mal.
Der Insertionspreis für die
5 gespaltene Zeile beträgt
20 A

Postamt Nr. 5540.

VOLKSWACHT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Theil: Fritz Junert in Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

2. Jahrgang.

Dienstag, den 21. April 1891.

Nr. 92.

Parteigenossen!

Gedenket des mit dem Mai kommenden Arbeiter-
feiertages!

Gedenket der Erlämpfung des Achtstundentages!
Gedenket der Pflicht und rüflet Euch!

Normalarbeitstag.

Die Fraktion der Sozialdemokraten im deutschen Reichstage beantragte zur Gewerbenovelle (Arbeiterschutz) den § 136a, nach welchem für alle über 14 Jahre alten Arbeiter der 10stündige Normalarbeitstag eingeführt werden soll und zwar vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes an. Vom 1. Januar 1894 tritt der neunstündige, vom 1. Januar 1898 der achtstündige Arbeitstag in Kraft.

Der Abg. Grillenberger begründete diesen Antrag, wobei er im Wesentlichen die folgenden Ausführungen machte:

Ab. Grillenberger (Soz.): Für uns ist der Normalarbeitstag der Grund- und Eckstein jedes wirklichen Arbeiterschutz-Gesetzes. Man wirft uns vor, Palliativmittel vorzuschlagen, aber unsere Palliativmittel nützen wenigstens dem Arbeiter etwas, während das, was in diesem Gesetze bisher geschaffen ist, keine einschneidende Verbesserung bietet; teilweise wird sogar der jetzige Zustand dadurch verschlechtert, und bezüglich der Koalitionsfreiheit ist, wenn man da auf die Regierungsvorlage zurückgreift, eine abermalige Verschlechterung zu erwarten. Man wirft uns ferner vor, daß wir die historische Entwicklung nicht berücksichtigt, aber hätten Sie unsere Anträge angenommen, so hätten Sie gerade einer vernünftigen sukzessiven Fortentwicklung Vorschub geleistet. Wollen Sie wirklich die Versöhnung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, so sollten Sie nicht in einer solchen organisierten Weise alles niederstimmen, was wir vorschlagen. Unsere Vorschläge gehen noch lange nicht so weit, wie große Massen aufgeregter Arbeiter wünschen, die uns anfeinden, weil wir nicht weit genug gingen. Allerdings sind unsere Industrieverhältnisse heute so, daß noch viel mehr geboten werden könnte. Der § 136a ist einer der einschneidendsten des Gesetzes, namentlich durch seine Ausführungen. Wir wollen nur allmählich zum achtstündigen Arbeitstag kommen. Wir sind deshalb vielfach gehässig angegriffen worden, aber Regierung und Reichstag halten gleichfalls für die Durchführung solcher Reformen Abstufungen für notwendig. Wir müssen der Industrie Zeit lassen, sich darauf einzurichten. Außerdem wünschen auch die Arbeiter nicht solche Verkürzung der Arbeitszeit, so lange nicht eine Verständigung darüber zwischen den Haupt-Konkurrenzländern Europas herbeigeführt ist. In England ist der 10stündige Normalarbeitstag teils durch Gesetz, teils durch Usus bereits eingeführt. Beim Erscheinen der kaiserlichen Erlasse im Februar v. J. freute man sich in den Arbeiterkreisen, weil man dachte, nun werde endlich einmal Ernst mit dem Arbeiterschutz gemacht werden, eine Zuversicht, die allerdings von den aufgeklärten Arbeitern, die wissen, wie es gemacht wird, nicht geteilt wurde. Es giebt bei uns in Deutschland Mächte, die stärker sind als ein kaiserliches Wort. Das sehen wir am besten aus dem Verhalten des Handelsministers. Man meinte, die Strömungen in den obersten Kreisen der Gesellschaft zu

Gunsten eines Arbeiterschutzes seien sehr stark, aber der von der Regierung aufgestellte Entwurf läßt diese Meinung schon im Stich. Allerdings war damals noch unser demnächstiger Kollege aus Friedrichsruhe im Amte und konnte seinen Einfluß geltend machen. In der Kommission und hier wurde diese Vorlage noch mehr verbessert. In den kaiserlichen Erlassen war klipp und klar ausgesprochen, daß die Arbeitszeit geregelt werden sollte, und darunter konnte man nicht eine Regelung der Arbeitszeit der sogenannten geschützten Personen, sondern allgemein der Lohnarbeiter verstehen. Die deutsche Industrie ist vollständig reif für einen achtstündigen Normalarbeitstag, wie er in allen Kulturländern jetzt gefordert wird. Wir wollen aber stufenweise vorgehen, um uns nicht dem Vorwurfe auszusetzen, wir wollten die deutsche Industrie konkurrenzunfähig machen. In der Zwischenzeit wünschen wir, daß internationale Vereinbarungen über weitere Verkürzung der Arbeitszeit gepflogen werden. So wird man schließlich auch zum achtstündigen Normalarbeitstage kommen. Sie mögen uns für Optimisten halten und denken, wir seien einige Jahrzehnte zu früh verbessert, daß menschliche Arbeitskräfte frei und auf die Straße gesetzt werden. Diesen traurigen Zustand kann nur mit einer fortschreitenden Verkürzung der Arbeitszeit entgegengetreten werden. Schon Helvetius erklärte vor hundert Jahren, daß die Arbeitslosigkeit nur durch Verkürzung der Arbeitszeit gemildert werden könnte. In zahlreichen Industrien Deutschlands ist der zehnstündige Normalarbeitstag bereits eingeführt, in weniger zahlreichen der neunstündige und in einzelnen Betrieben sogar der achtstündige. Man sagt, man könne dies also dem freien Arbeitsvertrag überlassen; es würde sich dies auch ohne gesetzliche Regelung von selber machen; aber einerseits der Unverstand der Massen, andererseits die Profitgier der Unternehmer hindert ein Eintreten zum Besten der Arbeiter. Nur durch Eingreifen der Gesetzgebung kann etwas Fruchtbares und Dauerhaftes geschaffen werden. Die freiwilligen Zugeständnisse können jeder Zeit zurückgezogen werden, ebenso was durch Streiks zc. erzwungen und ertrotzt oder durch gütliche Vereinbarung erreicht ist. Gerade in Zeiten, wo wir mit Handelskrisen zu rechnen haben und es den Arbeitern schlecht geht, also eine Beschränkung der Produktion notwendig wäre, lassen die Unternehmer den Arbeiter länger arbeiten, weil sie deren Widerstandsfähigkeit in solchen Zeiten für geringer halten. Wie die Freiheit des Arbeitsvertrages aussieht, beweisen am Besten die Enthüllungen der letzten Tage in der sozialdemokratischen Presse, in welcher Weise die Unternehmerverbände in Verbindung mit dgl. preussischen Behörden das Koalitionsrecht der Arbeiter unmöglich machen. Es heißt da, es sollten Listen der sogenannten Agitatoren aufgestellt werden, und die Presse versucht das auf jenes Gebiet hinüberzuspielen, daß es sich bloß darum handle, sozialdemokratische Agitatoren von der nationalen Industrie fernzuhalten. Das ist nicht wahr. Es handelt sich darum, jede Bewegung der Arbeiter zur Erzielung einer kürzeren Arbeitszeit oder eines Normal-Arbeitstages oder höherer Löhne unmöglich zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich nicht um sozialdemokratische Agitatoren, sondern nur um Leute, die durch das Vertrauen ihrer Kameraden an die Spitze von Lohnkommissionen oder Fachvereinen gestellt sind. Solche

Leute sich vom Leibe fernzuhalten, sind die Unternehmerverbindungen bestimmt, und dazu haben sich die königlich preussischen Behörden hergegeben. Mit keinem Worte treiben unsere Gegner so viel Mißbrauch wie mit dem Worte „Freiheit.“ Wenn bei dieser Freiheit der Arbeiter zum Sklaven wird, muß der Begriff der Freiheit beschränkt werden. Das Prinzip, daß der Staat sich nicht in wirtschaftliche Verhältnisse zu mischen habe, haben bei diesem Gesetz nicht nur Nationalliberale, sondern auch freisinnige Elemente durchgehört. Deshalb dürfen Sie es auch nicht aufrecht erhalten gegenüber der Forderung nach einem Normal-Arbeitstag. Daß der Arbeiter davon den größten Schaden hat, ist nicht richtig. Statistisch ist nachgewiesen, daß im Staate Massachusetts bei kürzerer Arbeitszeit höhere Löhne erzielt werden; ebenso weist der Schweizer Fabrikinspektor nach, daß die Befürchtungen, die sich an die Reduktion der Arbeitszeit von zwölf auf elf Stunden in der Schweiz knüpften, sich nicht bestätigt haben. Es wird bei kürzerer Arbeitszeit jetzt eine wesentlich höhere Produktion erzielt einfach schon dadurch, daß man die alten Maschinen schneller laufen läßt, und noch viel mehr durch verbesserte neue Maschinen. Die kürzere Arbeitszeit würde das Bagabundentum wesentlich verringern, da neue Arbeitskräfte eingestellt werden müßten. Einen Ausfall an Profit, der sicherlich nun sehr gering wäre, kann das Kapital sehr wol tragen, zumal im Interesse einer Hebung der Arbeiterklasse. Was hält Sie nach Allem diesem noch ab, unsere Forderung anzunehmen? Die Regierung sagt, zur Zeit geht es nicht, das sind Ausflüchte, aber keine Gegengründe. In den Bureaus, Kanzleien, Komptoirs wird längstens acht Stunden gearbeitet, und zwar nicht schwere körperliche Arbeit, sondern sehr oft nur leichte mechanische. Die Herren Chefs in den Komptoirs arbeiten nur viel weniger als 8 Stunden. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Einzelne mögen ja hier und da ein paar Stunden länger arbeiten, dafür gehen sie aber auch Wochen und Monate nach der Riviera oder anderswohin zur Erholung. Wir haben ja hier im Reichstag mitunter auch eine längere Arbeitszeit als unsere gewöhnliche Normalarbeitszeit, und diese Herren arbeiten dann in ihrem eigenen Interesse länger, während die Arbeiter es im Interesse der Unternehmer tun müssen, und je länger sie arbeiten, desto schlechter wird ihre Lebenshaltung. Man wendet ein, § 120e führe, indem er für gesundheitsgefährliche Betriebe die Festsetzung einer kürzeren Frist vorsehe, eine Art fakultativen Normalarbeitstages ein; das ist ein Beweis mehr, daß wir Recht haben, denn überall wird durch die lange Arbeitszeit die Gesundheit geschädigt. Will man konsequent sein, so muß man § 120e so oft anwenden, daß man dasselbe haben wird, was wir anstreben; da ist es doch besser, man regelt die Sache gleich gesetzlich. Wir wollen einen Maximalarbeitstag festsetzen, den einzelnen Gewerben es überlassend, durch freie Vereinbarung kürzere Arbeitszeiten zu erreichen; von einer Schematisierung ist dabei also keine Rede. Auf der einen Seite erwartet man alles von einem freien Arbeitsvertrag, auf der anderen will man Nichts von einer Koalitionsfreiheit wissen und erwartet alles von der Regierung: in der Praxis aber führt Beides zur schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital. Wenn man alles von der Regierung erwartet, so führt das zur bloßen Bureaukratie, und wie auch diese schließlich immer die Partei der Bour-

gesie nimmt, dafür ist Herr von Verlepp ein lehrreiches Beispiel. Aus ganz anderem Holze war denn doch Herr von Ruffamer, welcher den Willen, bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen, gleichwohl ob mit oder ohne Anwendung von Gewalt, für einen rechtswidrigen erklärt. Diese Anschauung sollte schon einige Jahrhunderte hinter uns liegen, aber sie verfehlt, mit unwürdiger pommerischer Deutlichkeit und Ungelehrtheit ausgesprochen, nicht ihres Eindruckes auf gewisse Gemüter. Als Herr Wagner noch unter Ihnen war, hätte man wohl so etwas nicht ausgesprochen; aber auch die konservativen Grundbesitzer sind mehr und mehr eine Partei des Kapitalismus geworden, sie stimmen mit den Großindustriellen, den Nationalliberalen, weil sie auf deren Dankbarkeit rechnen, wenn es sich darum handelt, die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem Lande zu hindern. Der mehrerwähnte schweizerische Fabrikinspektor Schuler wie der badische v. Wörrishöfer, die doch wahrhaftig keiner sozialdemokratischen Neigungen verdächtig sind, sprechen sich für das Eingreifen der Gesetzgebung aus. In der Schweiz und Oesterreich besteht der elfstündige Normal-Arbeitstag, und die Einwendungen des Abg. Duhl, daß man dort mit dem Normalarbeitstage nicht zufrieden sei, daß die Zahl der Ausnahmen größer sei als die der Nichtausnahmen, und daß namentlich die Arbeiter mit den dortigen Zuständen nicht zufrieden wären, wurden mehrfach widerlegt, und zwar gerade von Arbeitern der betreffenden Länder. Seit 1888 fährt man in Oesterreich den Normalarbeitstag strikte durch, in der Schweiz besteht eine lebhafteste Agitation, um zum zehnstündigen überzugehen, und Herr Geheimrat Königs selbst giebt zu, daß man sich dort gegen den zehnstündigen Normalarbeitstag nur sträubt, weil man die Konkurrenz Deutschlands, wo man gar keinen Normalarbeitstag hat, fürchtet. Wann ist der Widerstand der Regierung und des Herrn Königs selbst unbegründlich, er erklärt sich nur aus ihrer Furcht vor dem allmächtigen Kapitalismus. Dieser Vorwurf kann der Regierung nicht erspart bleiben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hier, in der Presse, in Versammlungen wird man ihn stets wiederholen. Für die Bergleute fordern wir Nichts, als was sie schon Jahrhunderte lang besaßen und was ihnen nur die Profitgier der Unternehmer genommen hat. Nun haben sich die Vertreter der Bergwerksindustrie neuerdings wieder zusammengesetzt und im Einvernehmen mit Regierungsvertretern erklärt, sie würden auf die achtfundige Schicht der Bergleute nicht eingehen. Dem gegenüber muß doch auf einen Namen hingewiesen werden, der allein ein ganzes Programm bedeutet: Müllensiefen, hat diese Forderung und die Forderung höheren Lohnes durch Unterschrift zugesandt, er hat es mit übernommen, für diese Forderungen einzutreten; natürlich haben die Nationalliberalen, die seine Wahl unterstützten, diese Verpflichtung mit übernommen, und sie werden also einstimmig die Forderungen der Bergleute zugeschießen. (Heiterkeit links.) In England sind die Arbeitsstunden unter Tage 8 Stunden 36 Minuten, die wirkliche Arbeitszeit 7 Stunden 25,8 Minuten, und das Alles ohne gesetzlichen Normal-Arbeitstag.

nur durch die strikte Durchführung des Koalitionsrechts. In der so hoch entwickelten englischen Maschinen-Industrie beträgt die tägliche Arbeitszeit weniger als neun Stunden, unsere Forderung des zehnstündigen Arbeitstages kann nicht aus Furcht vor Konkurrenz zurückgewiesen werden. Schon Cobden sagte, daß der Normal-Arbeitstag bessere Arbeitsverhältnisse herbeiführen wird, und gerade diese streben wir an, gerade sie werden aber von der Klasse der Arbeitgeber, gegen welche auch der einzelne humane Arbeitgeber nicht aufkommen kann, bekämpft. Wir erwarten und hoffen, daß die Zeit nicht so fern sein wird, wo die Regierung und die Mehrheit nachgeben muß, wenn sie nicht die Lebenshaltung der Arbeiter und also der ganzen Nation aufs Tiefste zerrütten will. Raffen Sie sich also auf, bekämpfen Sie den Normal-Arbeitstag bei dieser Gelegenheit; wir sind dann erbötig, Ihnen eine ganze Anzahl anderer Sünden zu vergeben.

Trotz der trefflichen Begründung Grillenbergers und der Bemühungen unserer Fraktion ist es bei der reaktionären Mehrheit dieses Reichstages ganz unvermeidlich, daß der „Grund- und Eckstein“ jedes wirklichen Arbeiterschutzes von den Baumelstern verworfen werden wird.

Die Verantwortung für diese Schädigung unseres Volkes auf ihre Häupter! —

Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse.

IV.

Minister und Bourgeois.

In dem Zirkular vom 12. Juli 1890, worin die Gründung des „Verbands Berliner Metall-Industrieller“ angezeigt wird, ist Bezug genommen auf „die glänzenden Resultate“, welche die vereinigten Berliner Eisengießereien und Maschinenfabriken bei ihrem Vorgehen gegen die Arbeiter gelegentlich der Bewegung des 1. Mai erzielt haben, und wird von den „Begründern des gemeinsamen Handelns“ gesprochen. Es ist gewiß von größtem Interesse, nicht bloß für den Arbeiter, sondern auch für weitere Kreise, zu erfahren, wer alles mit dem Verein der Berliner Eisengießereien, aus welchem der Verband Berliner Metall-Industrieller hervorgegangen ist, „gemeinsam“ gehandelt hat.

Nachfolgende Schriftstücke mögen darüber Auskunft geben:

Kriegsministerium.
Berlin, den 3. Mai 1890.
Für die gefällige Mitteilung der Beschlüsse des Vereins Berliner Eisengießereien und Maschinenfabriken zc., betreffend Maßnahmen gegen die von Arbeitern sozialdemokratischer Richtung angestrebte Feier des 1. Mai durch Ihr gefälliges Schreiben vom 25. vor. Mts. danke ich Ihnen hiermit verbindlichst.
Zu dem Inhalt desselben bemerke ich Folgendes:

Die Seitens der Militärverwaltung den Direktoren der technischen Institute der Artillerie u. s. w. aus der vorgedachten Veranlassung gegebenen Beschlüsse stimmen im Allgemeinen mit den vom Verein gefaßten Beschlüssen überein, nur ist eine Zeitgrenze innerhalb welcher ein wegen Beteiligung an der Feier des 1. Mai entlassener Arbeiter bei den Reg. Instituten wieder eingestellt werden darf, nicht festgesetzt worden.

Der sofortige Aushang der bezüglichen Befehle in den militärischen Fabriken und Werkstätten ist bereits am 24. v. M. angeordnet worden.

Ihrem Wunsche, die gegenseitige Mitteilungsverbindlichkeit zwischen den königlichen Instituten und den Privatfabriken auf alle königlichen Institute auszudehnen, ist bereits durch Erlass vom 17. v. M. entsprochen. Die Direktoren sämtlicher militärischer Fabriken sind angewiesen worden, denjenigen Privatfabriken zc. beauftragt sind, nach vorhergegangener Vereinbarung eine Liste derjenigen Arbeiter aller Institute zu übersenden, welche aus Anlaß der Feier des 1. Mai entlassen worden sind, und umgekehrt die ihnen Seitens der Privatfabriken zugehenden gleichartigen Verzeichnisse sämtlichen Instituten zur Kenntnis mitzuteilen, damit die entlassenen Arbeiter in keiner der militärischen Fabriken eingestellt werden.

Die Direktoren der Fabriken sind seit jeher angewiesen, alle sozialdemokratischen Elemente von ihren Arbeitern fernzuhalten und unterstützen demgemäß jede Bestrebung, welche diese Absicht zu fördern geeignet ist.

Der Verein kann daher einer Unterstützung seiner beabsichtigten weiteren Maßnahmen, um in Zukunft sozialdemokratische Arbeiter von der väterländischen Arbeit auszuschließen, durch mich gewiß sein.

Die mir in Aussicht gestellte fernere Mitteilung aller Beschlüsse und Maßnahmen des Vereins in dieser Richtung werde ich gern entgegennehmen und in jedem einzelnen Falle erwägen, inwieweit dieselben auf die eigenartigen Verhältnisse der Militär-Fabriken anwendbar sind und demgemäß ein Hand in Hand gehen der mir unterstellten Fabriken mit den Privatfabriken, soweit dies angänglich ist, veranlassen.

Der Kriegsminister.
gez. v. Verdy.

An die Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft
vormals L. Schwarzkopff.

Wie beim Kriegsministerium fand der Verein der Eisengießereien und Maschinenfabriken auch im Eisenbahnministerium ein begeistertes Echo, wie folgende Zuschrift beweist:

Berlin, den 30. April 1890.
Im Auftrage Sr. Excellenz des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten beehren wir uns, Ihnen auf die an denselben gerichtete Eingabe vom 26. cr. ergebenst mitzuteilen, daß wir den Mitgliedern des Vereins Berliner Eisengießereien und Maschinenfabriken und verwandter Betriebe, wie solche in dem

Hans Dampf in allen Gassen.

Satirische Erzählung von F. Bischoff.

(Fortsetzung)

Auch Hans Dampf war von derselben entzündet. Aber schon die Natur hatte für diesen liebenswürdigen Jüngling viel getan. Er schien zu großen Dingen geboren. Willig setzen wir an die Spitze seiner Vorzüge das seltene Verdienst, daß er nicht nur reich war, sondern auch reiche Bettern und Basen zu beerben hatte. Schon das stille Bewußtsein, Geld zu haben und zur Herrschaft geboren zu sein, erhebt über den großen Haufen; macht klug, gelehrig, verständig, rechtschaffen, geistvoll und liebenswürdig. Ohnehin von angenehmer Gestalt, sah man es ihm an, wohin er auch kommen möchte, daß er um seines Selbsts willen geschaffen sei; in seinen Worten, in seiner Haltung, in seinen Bewegungen herrschte eine gefällige Leichtigkeit, ein ungezwungenes Leben, welches man bei jedem Andern, der von geringerem Herkommen gewesen wäre, Ungezogenheit oder Dummheit genannt haben würde. Er wußte mit edler Freimütigkeit über alles zu sprechen, was er verstand und nicht verstand; war kenntnisvoll ohne Schulstücherei, denn er hatte seine Kenntnisse aus Romanen, Journalen und gelehrten Zeitungen geschöpft, die ihm der Lesende pedantischer Bücher ersparten und doch deren Faszination mitteilten. Zu sogenannter Gründlichkeit des Wissens fehlten ihm ohnehin Lerne und Beruf. Er war raitlos tätig, man möchte sagen, ein quacksilberner Mensch; mißchte sich in Alles, wollte Alles wissen, Alles sagen, alles tun — genug, er hatte jede Eigenschaften in vollem Maße, die an geringeren

Personen zwar für Aufweishheit gelten, aber in Dalenburg nicht ohne die wichtigsten Wirkungen bleiben konnten, und als Univerfalgencialität bei großen Staatsmännern geachtet werden müssen.

In allen Gassen.

Auf der hohen Schule hatte ihm dieselbe Lebhaftigkeit seines Geistes manche kleine Unannehmlichkeit verursacht, und von rohen Menschen zuweilen sogar Schläge. Doch nur gemeine Seelen lassen sich von irdischen Unfällen schrecken. Er blieb sich gleich. Er haben über jeden Sturm des Schicksals und über die Schmerzen seines Rückens, verfolgte er die erwählte Laufbahn, welche ihm unter seinen Mitschülern den etwas dunkeln und seltsamen Namen eines Stänkers erwarb, der aber auf dem Thron eines Weltbeherrschers mit Recht in den Beinamen des Großen verwandelt worden sein würde. Denn bekanntlich ist nichts an sich groß oder klein, sondern wird es erst durch Ort, Zeit und Umstände. Alexander der Große so gut als sein türkischer Nachahmer, jeder war zu seiner Zeit ein Hans Dampf in allen Gassen, und spielte in den Leidensgeschichten der verschiedensten Nationen seine unvergeßliche Rolle, ohne dafür gesegnet zu werden.

Oben diese rege Schmetterlingshaftigkeit des Gemüts, dies überall sein und nirgends, dies Alles in Allem sein, zeichnete den edeln Jüngling nicht minder unter seinen Mitbürgern aus, als in der Fremde. Seine Mitbürger hatten ohnehin die Gewohnheit, etwas langsam zu denken und vorsichtig einber-

zuschreiten. Das Glück war ihm hold in Allem. Kein Wunder, wenn die meisten Dalenburger ihn für eine außerordentliche Erscheinung in der Welt- und Menschengeschichte hielten, und zuletzt alle Spiele des Zufalls für Werke seiner Kraft ansahen, und Sachen auf die Rechnung seiner Vieltätigkeit schrieben, von denen er selbst gar nichts wußte.

Sobald er in die Vaterstadt zurückgekommen war, bemerkte man allgemein, daß er an Jahren, Verstand und Körper zugenommen hatte. Er ragte in der Tat um eines Kopfes Länge über die meisten seiner Mitbürger hervor, und daher gab man ihm, zur Unterscheidung von andern Gliedern des Dampfischen Geschlechts, den Beinamen des Großen. Daß es auch eine Größe des Geistes geben könne, welcher solch ein Beinamen gebühre, kam keinem Dalenburger in Sinn; denn ein Geist hat weder Fleisch noch Bein.

Nach einigen Jahren, da der große und souveräne Rat der Stadt und Republik erneuert oder vielmehr nur ergänzt wurde, gelangte er durch Recht der Geburt in die Würde Derer, welche die höchste Gewalt übten, Gesetzgeber des Staats waren, und aus welchen Diejenigen genommen zu werden pflegten, welchen man die höchsten Ehrenstellen erteilte.

Natürlich mußte es einem jungen, aufstrebenden Jüngling kein geringes Vergnügen sein, zu den Vätern des Vaterlandes zu gehören. Diese Benennung, die höchste und ehrenvollste, welche das erhabene Rom einst seinen vortrefflichsten Regenten gab, und in neuern Zeiten die Väter ihrer Großen beilegte, erlaubten sich die Herren Ratsherren von Dalenburg sowol gegenseitig in feierlichen

der bezeichneten Eingabe beigefügten*) Plakate aufgeführt sind, die Namen der am 1. Mai vorchriftswidrig felernden, deshalb entlassenen hiesigen Arbeiter der Staats-Eisenbahn-Verwaltung, sowol der uns, als auch der den übrigen königlichen Eisenbahn-Direktionen der hier einmündenden Bahnen unterstellten, alsbald bekannt geben werden.

Seltens der Staats-Eisenbahn-Verwaltung werden entsprechend dem hortsitzlich vereinbarten Verfahren die wegen vorchriftswidriger Feler des 1. Mai von den Mitgliedern des Vereins entlassenen Arbeiter vor dem 9. Mai nicht zur Arbeit angenommen.

Damit die Listen dieser Arbeiter von den Vereins-Mitgliedern unmittelbar den in Betracht kommenden Dienststellen-Vorständen der Staats-Eisenbahn-Verwaltung mitgeteilt werden können, fügen wir eine Nachweisung derselben in 46 Exemplaren zur Verteilung an die Vereinsmitglieder ergebenst bei. gez. Störte.

Deutschland.

Die national-liberalen „Reiner“ des 19. hannoverschen Wahlkreises, welche wissen wollten, daß Bismarck im ersten Wahlgange gewählt wird, sind mit ihren Kenntnissen gründlich reingefallen. Soweit die Resultate gegenwärtig vorliegen, fehlen ihm immer noch 2000 Stimmen an der absoluten Majorität. Wir glauben es jenen Herren recht gern, daß ihnen die Stichwahl noch mehr Kopfschmerzen macht, als die Hauptwahl, denn die Blamage wird dadurch nur größer. Indes, mag kommen was da will, mögen die „Bismarck-Feinde“ (die Freisinnigen und die Welfen) umkippen oder nicht, mögen sie Bismarck für das „kleinere Uebel“ ansehen und ihm deshalb ihre Stimme geben oder nicht: der „als größter Mann des Jahrhunderts“ ausposaunte Kanzler a. D. ist moralisch einem völlig unbekanntem Manne aus dem Volke unterlegen. Und für diese Niederlage hat er sich hauptsächlich bei den Freunden zu bedanken, welche nicht abwarten konnten, bis ein „sicherer“ Wahlkreis frei wird.

Der „Vorwärts“ schreibt hierzu: Jedes Interesse tritt zurück hinter dem, ob Bismarck gewählt würde oder nicht, und das Resultat ist niedererschmetternd für den ehemaligen Reichskanzler. Nicht nur darin, daß die Majorität des Wahlkreises sich gegen Bismarck ausgesprochen hat, liegt das Bemerkenswerte der Wahl, sondern vor allem auch darin, daß er nicht einmal so viele Stimmen auf sich vereinigen konnte, wie sein Vorgänger, der national-liberale Gebhardt. Nach den bisher bekannten Resultaten aus 88 Orten des 95 Ort-schaften zählenden Wahlkreises hat Bismarck erst 6995 Stimmen erhalten, welche Zahl sich sicher nicht viel mehr über 7000 steigern wird, während am 20. Februar v. J. Gebhardt 8086 Stimmen erhielt! Ver-blichen ist der Glanz des Namens Bismarck und Trauer

*) Bezieht sich wahrscheinlich auf das rote Plakat betreffend die 1. Maifeier!

wird herrschen in Friedrichstraße, Trauer und Ent-täu-schung, schrieben doch die „Hamburger Nachrichten“ nach Einlaufen der ersten Wahlnachrichten: „National-liberalerlei (übrigens ein prächtiges Wort!) hofft man auf einen Sieg des Fürsten im ersten Wahlgange.“

Fürst Bismarck wird aber doch Reichstags-Ab-geordneter werden! Freilich erst in einer Stichwahl und aus Gnade seiner geschworenen persönlichen Feinde, der Welfen und Freisinnigen. Als er zum ersten Male ein Reichstagsmandat erhielt, war es auch in einer Stichwahl und zwar durch Hilfe der Sozialdemokraten! Und dies Schicksal bereitet ihm das undankbare Volk, dem er als „der Größte aller Deutschen der Gegen-wart“, als „Gründer alles Großen, dessen wir uns jetzt erfreuen und worauf wir stolz sind“, von den national-liberalen Agitatoren empfohlen wurde.

Nächst Bismarck sind die National-liberalen die blamierten. Im Jahre 1887 hatte ihr Kandidat 11 289, im Jahre 1890 8086 und jetzt kaum viel mehr über 7000 Stimmen; während sie früher oft in der ersten Wahl den Kreis eroberten, müssen sie angeblich jetzt unnatürliche Bündnisse eingehen, um ihn zu gewinnen. Wir sagen angeblich unnatürliche Bündnisse, denn in Wirklichkeit sehen die Freisinnigen und Welfen im Fürsten Bismarck einen viel richtigeren Vertreter ihrer Grund-sätze als in unserem Kandidaten, und es ist recht so! Diese Stichwahl wird so recht deutlich beweisen, daß all das Geschimpfe der bürgerlichen Parteien auf ein-ander nicht Ernst zu nehmen ist, daß sie gegen uns eine geschlossene Partei, eine reaktionäre Masse sind; daran werden die von Berlin ausgehenden Befehle aus dem freisinnigen Hauptquartier nichts ändern. Wie 1887 und 1890, so werden auch jetzt alle freisinnigen Stimmen mit verschwinnenden Ausnahmen unseren Gegnern zu-fallen.

Wir erinnern daran, daß bei der letzten Wahl im Februar 1890 für den national-liberalen Kandidaten abgegeben wurden im ersten Wahlgang 8086 Stimmen, für den freisinnigen Kandidaten Pönel 1798, für den Kandidaten der Deutschhannoveraner von Plate 2332 und für den Sozialdemokraten 4888. Bei der Stich-wahl siegte alsdann der National-liberal mit 13 722 gegen 6255 Stimmen. Die Zahl der Wahlberechtigten im Kreise betrug im Februar 1890 29 494.

Die Freisinnigen haben demnach an Stimmen in dem alten Wahlkreise Dämmigens zugenommen. Die Freisinnigen sollen aber den Mund nicht allzu voll nehmen, denn sie haben den Wahlkreis schon einmal vertreten und müssen sich trotz ihrer ungeheuren Anstrengungen mit der dritten Stelle begnügen, sie haben nicht einmal ihre Stimmenzahl bei der Kartellwahl von 1887 (3798) erreicht, es fehlen ihnen dazu nicht weniger als 1429 Stimmen, demnach mehr als die Hälfte ihrer jetzigen Stimmen. Unsere Partei hat auch zirka 900 Stimmen verloren, weniger freilich als Bismarck. Dies ist eben leicht erklärlich, da auch unsererseits bei aller Hervor-kehrung des prinzipiellen Standpunktes mit der Front gegen Bismarck agitirt wurde, und so auf Grund unserer Agitation viele für andere Gegenkandidaten des Reichs-kanzlers gestimmt haben.

Neben, als in öffentlichen Verkündungen, selbst wenn sie etwa nur eine Fleisch- und Brottage bekannt machen. Bald nach dieser Standeserhöhung warf ihm das Glück noch die Würde eines Staatsbau-meisters der Republik zu.

Ich sage, das Glück. Denn mit Ausnahme der Konsulwürde, welche vom geheimen Stimmenmehr in förmlicher Wahl abhing, wurden zu Salenborg ohne Ausnahme alle übrigen Ämter durch das Loos ver-teilt. Diese vorzügliche Einrichtung verdient mit Recht bewundert zu werden. Denn nicht nur ward dadurch allem Entstehen von Faktionen und Parteien vorgebeugt, die in Republiken durch den Ehrgeiz der Bürger gewöhnlich veranlaßt werden, sondern die Er-nennung empfing damit ein geheiligteres Ansehen. Es waren nicht Menschen, es war der Himmel selbst, welcher durchs Loos den Würdigsten bezeichnete. Nun geschah freilich nicht selten, daß dadurch ein Metzger Ober-Schulrat, ein Barbier Ober-Postmeister, ein Gar-loch Großschatzmeister der Republik ward. Aber dies beförderte eine Mannigfaltigkeit der Geistesbildung, welche sonst nirgends leicht gefunden wird. Auch be-währte sich immerdar das alte, sinnvolle Sprichwort: wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand; ein Sprichwort, welches ursprünglich aus Salenborg stammt, wie Jedermann weiß.

Hans Dampf war daher keineswegs verlegen, als er, der in seinem Leben kaum ein Kartenhäuschen ge-baut hatte, Staatsbaumeister der Republik ward. Er übernahm die Aufsicht über die zwei öffentlichen Brunnen der Hauptstadt, über die Landstraßen der Republik, auf denen man ohne besondere Mühe am

hellen Tage Hals und Bein brechen konnte, und über sämtliche Staatsgebäude, wozu vornehmlich das Rat-haus, die Schule und das Spritzenhaus gehörten, nebst Kirche und Pfarrwohnung.

Seine Jugend, sein Reichthum und die neuen Ehrenstellen machten ihn zu einer hochwichtigsten Person im Staat. Alle Jungfrauen und Mütter von Salenborg dachten mit stiller Erwartung an ihn, und Hans Dampf dachte natürlich auch an sie. Aber der Salenburger Götinnen waren so viel, daß die Wahl schwer ward, welcher er den Apfel zuwerfen sollte.

Er flatterte prüfend von Blume zu Blume umher. In allen Gassen nährte er eine kleine Liebchast. Bald waren in Salenborg keine Bürgerstöchter mehr, die nicht Ansprüche auf das Herz dieses Alcibiades machen zu können meinten.

Hans Dampf.

Wettern und Basen, da sie seine Unerschlossenheit sahen, traten endlich zusammen, über die Wahl der künftigen Frau Staatsbaumeisterin Rat zu halten. Man erwog die zu einer Heirat unentbehrlichen Er-fordernisse der Töchter des Landes, als da sind Ver-mögen und Familie. Und nach langem Bedenken, fürsorgen und manchem befeiligten Aber und Wenn fiel die Wahl der Wettern und Basen einhellig auf Jung-frau Rosina Piphan, einzige Tochter des Herrn Seckel-meisters der Stadt und Republik, Enkelin d. v. vor-zwölf Jahren selig verstorbenen Bürgermeisters der Republik, Verwandtin der angesehensten und reichsten

Die Freisinnigen möchten gar zu gerne Regierungs-partei werden; die scharfe Abfertigung, die ihnen vor Kurzem vom Reichskanzler zu Teil ward, hindert sie nicht, sich immer von Neuem der Regierung als Helferin anzubieten, und sie sind in tiefster Seele betrübt, ihr Bemühen nicht anerkannt zu sehen. So schreibt die Richter'sche „Freis. Stg.“:

„Die freisinnige Partei unterstützt bei der Land-gemeindeordnung die Regierung rückhaltlos und eifriger als irgend eine andere Partei. Zum Dank dafür läßt die Regierung in der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ wiederum die freisinnige Partei angreifen, insbesondere weil die freisinnige Partei bei § 2 der Vorlage auf dem Regierungsstandpunkt stehen geblieben ist, nachdem die Regierung mit den Konservativen paktirt hatte. Die „Nordd. Allgem. Stg.“ meint, die dermaligen Beschlüsse im Abgeordnetenhaus sollten nur dazu dienen, die eigentliche Entscheidung der streitigen Fragen für die dritte Lesung vorzubehalten. Man möge es deshalb den Parteien und der Regierung überlassen, sich zu verständigen und nicht von außen hinein reden. — Diesen Ratschlag sollte die „Nordd. Allgem. Stg.“ vor Allem selbst befolgen. Aber Herr v. Caprivi hat noch mehr Ursache, über seine ungeschlachten Offizibsen zu klagen, wie sein Amtsvorgänger.“

Armer Freisinn! Sieh so verkannt zu sehen.

„In Sachen Brentano contra Marx“ betitelt sich die neueste Schrift des Altmeisters Friedrich Engels, die soeben in Otto Meißner's Verlag im Hamburg er-schienen ist. Die 75 Seiten starke Schrift widerlegt in glänzender, selbst den Gegner durch altemäßige Nach-weise überführender Darstellung, daß Brentanos Vor-wurf gegen Marx, daß er falsch zitiere, durchaus un-haltbar sei und sich als eine ebenso leichtfertige als hartnäckig aufrecht erhaltene Verleumdung erweist.

Ein neues Arbeiterblatt, und zwar eine täglich erscheinende Bergarbeiterzeitung, erscheint im Verlag des bekannten Bergmanns H. Warten und unter Re-daktion von H. Braun, unter dem Titel „Schlägel und Eisen“ seit Beginn dieses Monats in Pirmasens.

Lübeck. Die „Eisenbahn-Zeitung“ erfährt aus zu-verlässiger Quelle, die Polizei habe einen Umzug der Gewerkschaften am 3. Mai genehmigt.

Braunschweig. Die Sozialdemokraten hoben den Boykott gegen die Brauer auf, nachdem die Brauereien Zugeständnisse machten bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit und Anrechnung der Ueberstunden.

Crossen. Seit dem Jahre 1878 fungirte in dem benachbarten 1500 Einwohner zählenden Städtchen Hobergsberg als Bürgermeister ein Major a. D. Becker, ein sehr stolzer Herr, der es liebte, auch im amtlichen Verkehr mit Herr Major angerebet zu werden und bei seinen Gängen auf der Straße möglichst die Mitte des Dammes hielt, um mit den gewöhnlichen Sterblichen nicht in Berührung zu kommen. Herr B. war außer-dem Kreis-ausschuß- und Kreis-tag-smitglied und kommissa-rischer Amtsvorsteher des Amtsbezirks Cunow und hatte in seinen amtlichen Eigenschaften und als pensionirter Offizier ein recht gutes Einkommen. Um so mehr

Häuser der Stadt, und dabei selbst die reichste Erbin unter allen jetzt zu Salenborg blühenden Schönen.

Hans Dampf bemerkte freilich mancherlei gegen die Person dieser Auserwählten; allein wahrhaft Gründ-liches nichts. Sie war um zehn Jahre älter als er, aber sie war die Enkelin eines Bürgermeisters. Sie trug geduldig einen etwas unförmlichen Auswuchs auf dem Rücken, aber sie hatte Geld. Sie war dazu so kleiner Gestalt, daß sie, ohne die Hand hoch über den Kopf zu strecken, nicht einmal Arm in Arm mit ihm durchs Leben wandeln konnte; aber er konnte sich ja bücken oder mit gekrümmten Knien verkleinern.

Nachdem Alles zum Vorteil der kleinen holden Rosine entschied, ward die Unterhandlung sogleich bei den Eltern derselben in aller Form eingeleitet. Hans Dampf ließ es sich gern gefallen, daß man die Mühe für ihn übernahm. Diese wurde mit dem besten Glück gekrönt. Der Tag erschien, da er selbst feierlich beim Herrn Seckelmeister und der Frau Seckelmeisterin um die Hand ihrer Erbin anhalten sollte. Zu dieser wichtigen Handlung, die übrigens, der Sitte gemäß, als ein stadtkundiges Geheimnis betrieben ward, mußte der vornehmste Teil der beiderseitigen Verwandtschaft eingeladen und ein glänzendes Bankett veranstaltet werden.

Hans Dampf konnte an dem bestimmten Tage kaum den Abend erwarten und die zum Geheimnis des Festes nötige Dunkelheit. Inzwischen freute sich die sämtliche Wettern- und Basenschaft nicht nur auf den Verlobungsschmaus, sondern auch auf die Ueberraschung der ganzen Stadt am folgenden Morgen, wenn das Geheimnis laut und Glückwunsch zum Glückwunsch herbei-

harraschte die Nachricht, daß sich bei einer auf Grund einer Denunziation durch einen Regierungs-Assessor vorgenommenen Revision der Verhältnisse ein bedeutendes Defizit (man spricht von etwa 24 000 Mk.) herausgestellt habe. Herr Becker hat sich dann am Tage der Revision um die Mittagszeit von dem mit einer Galerie versehenen Dache des etwa 9 Meter hohen Fachwerkes auf die Straße gestürzt und infolge Zerschütterung des Schädels sofort seinen Tod gefunden. Ein waderes Glied unserer waderen bürgerlichen Gesellschaft und noch dazu ein alter Haudegen, ein Patriot von reinstem Wasser!

Sabalarbeiter!!! In der Zigarrenfabrik von Jäbide u. Sohn in Trachau bei Dresden sind circa 150 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt worden.

Dresden. Die sächsische Bourgeoise-Presse berichtet: Die hiesigen Sozialdemokraten begraben auf dem weiten evangelischen Friedrichstädter Kirchhofe von der Leichenhalle des Stadtkrankenhauses aus einen ihrer ältesten Parteigenossen, den 65jährigen Schmiedegehilfen und Dissidenten August Biedermann, nach ihrem Beerdigungsdiktum. Trotz aller Bitterungsunbill hatten sich am Ende der Friedrichstraße mehr denn 1000 Personen beiderlei Geschlechts eingefunden, unter ihnen die hiesigen Führer: Raden, Peters u. A., um sich dem Leichentod angeschlossen. Es entwickelte sich ein Zug von solcher Länge, daß dessen Ende noch in der Friedrichstraße war, als die Spitze bereits den Kirchhof erreicht hatte. Dem Sarge voran wurden aus Lorbeer, roten Azaleen und Kamelien gemundene Kränze getragen, wie auch einige dem Zuge folgende Getreue Blumensträuße mit sich führten. Am Grabe angelangt, stimmten die hiesigen sozialdemokratischen Arbeitergesangsvereine einen Grabgesang: „Still ruht das Herz“ (nach der bekannten Volksmelodie von Heinrich Heil: „Still ruht der See“) an, während welchem der Sarg in die Grube versenkt wurde. An Stelle eines kirchlichen Seelforgers sprach hierauf der hiesige Restaurateur J. J. Peters ewige schlichte Worte über die Verdienste des Verbliebenen um die Partei. Der ohne Verwandte gebliebene Parteimann hat sein kleines Vermögen (700 Mark) letztwillig der Parteikasse vermacht. Ein Anderer forderte die Getreuen zum stillen Gebet auf, dem man durch Entblößen des Hauptes allenthalben entsprach. Es traten nun einzelne Parteigenossen an den Rand des Grabes, um nach einander unter Ausspruch eines Zitates von Karl Marx oder Ferdinand Lassalle dem Toten die letzten Abschiedsworte unter Hinabwerfen von Blumen und Erde zuzurufen. Einige geflügelte Worte lauteten: „Du hast gekämpft, wir trennen uns nicht kämpfen weiter, bis auch für uns ein besseres Morgenrot anbricht“, „Du warst frei und starbst frei und wir wollen frei bleiben“, „Für Freiheit, Gleichheit und Recht“ u. Während des Gesanges eines Liedes, dessen Refrain lautete: „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben“ zerrante sich die ungeheure Menge langsam und ohne Störung.

Nürnberg. Ein netter Kirchenbeamter. Der Pfarrer von St. Peter wurde von der Strafkammer wegen eines Sittlichkeitsverbrechens zu anderthalb

Jahren Zuchthaus verurteilt. Derselbe, 52 Jahre alt und verheiratet, hatte während des sonntäglichen Gottesdienstes ein 11jähriges Mädchen in die Sakristei gelockt und es dort vergewaltigt. Der Mann war vor dem Polizist in Fürth gewesen, dort aber auch schon wegen nicht sauberer Vorkommnisse aus dem Dienst entlassen worden.

Elsfeld. Unser Bruderorgan, die „Freie Presse“, schreibt: An die Zeit der Einleitung des Eißelturm-Geheimbundprozesses im Frühjahr 1888 wurden wir erinnert angesichts der vielen an uns gelangten Zuschriften, die alle von Hausdurchsuchungen berichten. Es war in der Tat ein allgemeines Reisetreiben, und was suchte man? Nun, „Die Religion des Kapitals“. Aber, wird man fragen, das Kapital ist ja religionslos und warum sucht man bei Arbeitern nach Kapitalreligion? Doch hab Geduld, es handelte sich um eine Druckschrift mit genanntem Titel, deren Verfasser der französische Parteigenosse Paul Lafargue ist. Wir berichteten schon, daß in der Expedition dieses Blattes die Hausdurchsuchung erfolgte und zwar ohne Erfolg. Anderwärts erging es ähnlich. Das Ganze wurde auf Befehl der Elsfelder Staatsanwaltschaft (diese handelte auf Befehl von Berlin) injiziert. In Wald wurde bei den Genossen Grimm und Leven keine derartige Religion gefunden, ebenso nicht in Remscheid in den Geschäftsräumen der Filiale Expedition der „Freien Presse“ des Herrn R. Gruppe. Die Durchsuchung dauerte 1 1/2 Stunde. Beim Genossen Terboven in Haan untersuchte man im Keller sogar die Grundmauern nach dieser kegerischen Schrift. In Langenberg konnten der Bürgermeister und zwei Behelme trotz eifrigsten Suchens bei den Genossen Martin und Oberat nichts von einer Religion des Kapitals entdecken. Beim Genossen Höfgen in Rümmlen bei Gießrath besorgten ebenfalls der Bürgermeister und zwei Behelme die Sonntagsarbeit und zwar vormittags. Höfgen war aber nicht anwesend. Es wurde deshalb als Zeuge der Nachbar Fr. Adrian herbeigeholt und nun konnte es losgehen. Die Arbeit war gründlich. Auch nach dem Zimmerschmuck hielten die Durchsuchenden Umschau. Die Frau des Genossen hängt noch an Erbüßchen zu Kanaan und das Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Der Herr Bürgermeister, der viel auf Symmetrie hält, meinte, die beiden Bilder paßten nicht zusammen, worauf die Frau erwiderte: In der Welt passe vieles nicht zusammen. Alles Suchen war erfolglos, da war aber noch ein Schreibpult und zwar verriegelt, da verbarg sich jedenfalls die gesuchte Kapitalreligion. Doch zwei Schloffer, darunter der genannte Zeuge, vermochten es nicht zu öffnen und gegen das gewaltige Erbuchen protestierte die Frau. Das Pult wurde verriegelt und die Fortführung der Suche auf nachmittags anberaunt. Genosse S. war auch nicht im Stande, das Pult zu öffnen, es zeigte sich renitent, weshalb er es auf Staatskosten öffnen ließ. „Leider“ fand sich das Gesuchte nicht vor. Auch in Ohligs beim Genossen Korbmacher war die Durchsuchung resultatlos. Bemerken wollen wir, daß die ganze „Arbeit“ ergebnislos verlaufen mußte, da in der

Hauptexpedition der „Freien Presse“ genannte Schrift weder anempfohlen noch verkauft wurde, mithin auch die Filiale Expeditionen nicht in deren Besitz sein konnten. Mit Ausnahme von Gräßrath fanden alle Durchsuchungen am Sonnabend statt. Die Beamten hielten sich in Grenzen der Höflichkeit und bescheinigten überall das negative Resultat.

Mainz. In der Rheinischen Brauerei zu Weisenau haben gestern fast sämtliche Brauer, 41 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt, nur einige verheiratete Leute haben sich an dem Ausstande nicht beteiligt. Nach einer der „Frankf. Ztg.“ von beteiligter Seite gemachten Mitteilung handelt es sich darum, daß sich die Brauer weigern, des Sonntags länger als sechs Stunden ohne besondere Entschädigung zu arbeiten. Sie verlangen pro Stunde eine Lohnzahlung von 50 Pfg., ein anderes Gebot der Direktion der Brauerei wurde nicht angenommen.

In Sachen des Welfenfonds. Es laufen offenbar eine Anzahl von Personen umher, so schreibt der parlamentarische Korrespondent der „Bresl. Ztg.“, zu deren Gunsten das Gesetz über den Welfenfonds in gleicher Weise verlegt worden ist, wie gegenüber dem Minister v. Goettlicher. Alle diese Personen müssen darauf gefaßt sein, daß, wenn sie einmal als undankbar erkannt werden sollten, auch ihre geheimsten Angelegenheiten plötzlich auf dem Umwege über ein Wiener obskures Blatt in die Öffentlichkeit gezogen werden können. Alle diese Personen müssen also darauf bedacht sein, ihre Dankbarkeit in der kenntlichsten Weise an den Tag zu legen. Man weiß einzelne Personen, die in einer vergangenen Zeit sich auch notorisch in bedrängter Lage befunden haben und die dann von einem gewissen Zeitpunkte an erleichtert aufatmeten. Herr Prof. Dr. Delbrück wäre wahrscheinlich im Stande gewesen, die staatsrechtliche Deduktion vorzutragen, auf Grund deren es berechtigt erschien, auch diesen Personen Hilfe zu leisten zu lassen. Und diese Personen sind sehr bemüht, den Fonds von Dankbarkeit, der in ihrer Brust ruht, in der überschwenglichsten Weise zur Schau zu tragen. Und es fehlt jedes Mittel, diese erzwungene Dankbarkeit von der wirklich aus dem tiefsten Herzen strömenden zu unterscheiden. So reicht der vergiftende Einfluß der Vergangenheit in die Gegenwart hinein.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kongreß der österreichischen Sozialdemokraten findet jedenfalls noch vor August statt und wird in demselben Beschluß über die Art der Beteiligung am dem internationalen Kongreß in Brüssel gefaßt werden. Ein akademischer Verein in Prag ist wegen einer Zustimmungskundgebung an die streikenden Arbeiter aufgelöst worden. Das wäre ihm kaum passiert, wenn er für die Unternehmer und die Polizei eine Resolution gefaßt hätte.

Humoristische Ecke.

Vom Notstand. Prinz von Radziwill, der kürzlich acht Millionen im Spiele verlor, will um Erhöhung der Getreidezölle petitioniren, da er noch immer notleidend ist. Da sich Herr v. Forckenbeck in diesem Falle von einem vorhandenen Notstand überzeugt hat, ist der Erfolg der Petition als gesichert anzusehen.

Ein Ausweg. Der Volksverein für das katholische Deutschland hat so ziemlich Alles, was er braucht. Er hat eine zahlreiche Sozialdemokratie, die er bekämpfen kann, einen weichen Vorstand, den apostolitischen Segen und sogar Geld soll er haben. Nur eins fehlt ihm noch: nämlich die Mitglieder. Um diesem Mangel abzuhelfen, will sich der Vorstand an diverse Regimentskommandeure mit der Bitte wenden, für jede Versammlung einige hundert Soldaten als Statisten, resp. Mitglieder zu überlassen.

Der richtige Korb. Nationalliberaler: „Das war doch wunderbar, daß der Reichskanzler dem Eugen Richter so entschieden einen Korb erteilte.“

Konservativer: „Ach ja, aber ich bitte Sie: „Was müßt der schönste Korb, wenn es kein Maulkorb ist?“

Himmel und Erde. Van Reveren, ein hervorragender sozialdemokratischer Parteiführer, sprach in einer vor Jahren in Gent abgehaltenen großen Parteiverammlung unter anderem folgendes:

„Uns kann es ganz gleichgültig sein, was man heute in den verschiedenen Staaten mit der Stärkung der sogenannten konservativen Idee erreicht. Sind doch unsere Wege klar und rein vorgezeichnet. Wieht es Menschen, welche in ihrer Ueberzeugung dem Himmel zusteuern wollen, so lassen wir ihnen die Freude. Genaue mit all denen in den Himmel. Wir aber wollen Besitz von der Erde ergreifen.“

stören würde. Der Staatsbaumeister hatte sich schon am Morgen festlich gekleidet, und es tat ihm nichts so leid, als in diesem Fuß bis zur Nacht warten zu müssen. Seine Steltheit dachte nehmbar an manche seiner Gefälligen und Spröden in der Stadt, denen er gern in seinem Schmutz noch als der wahre Liebesgott von Salenbung erschienen wäre.

Um wenigstens eine Bewunderung einzuernten, wanderte er aus.

In allen Gassen.

Den ersten Besuch legte er beim Herrn Stadtpfarrer ab, der nebst seiner Gemahlin ihn immer mit christlicher Liebe aufzunehmen pflegte. In der Tat hatten sie eine hübsche Tochter, eine fromme, schüchtern Blondine, Susanna geheiß, die wol wert gewesen wäre, Frau Staatsbaumeisterin zu werden. Herr Dampf sah die Blondinen überhaupt gern, und diese geistliche Blondine besonders. Er hatte dazu den allen großen Männern eigenen Fehler, daß er für diejenige Schönheit am lebhaftesten braunte, der er am nächsten stand.

Es war Nachmittags. Die Zeit floß unter angenehmen Gesprächen über Haushaltungs- und Ehepaarsgeschichten der Nachbarn vorüber. Man brachte den Kaffee. Um einen schwarz lackierten, mit großen goldenen Zandtschaften japanisch verzierten runden Tisch, der auf säulenförmig gewundenem Beine ruhte, setzten sich rechts und links der Herr und die Frau Pfarrerin, und dem zärtlichen Hans Dampf die sittige Susanna gegenüber. Sie bediente ihn zuerst mit dem dampfenden arabischen Tranke. Der Baumeister hatte Er-

sahnen noch nie so schön gefunden als heute; vielleicht eben darum, weil er heute und nach wenigen Stunden seine Freiheit an die kleine Rosine auf immer verlieren sollte. Er verglich im Stillen das reizende Gegenüber mit dem Sogasfäulein, welches ihn auf den Abend erwartete; aber gegen Susannens goldenes Haar, welches sich so schön um ihre weiße Stirn kräufelte, ward alles Gold und Geld der Jungfer Seckelmeisterin nur Blunder; und bei Susannens blauen, frommen Augen, beim Anblick ihres kleinen roten Mundes, ihres schneeweißen, zarten Halses und was sonst mit dem in Verbindung war, vergaß man gar leicht Rosinens ganze preiswürdige und vornehme Verwandtschaft. Als er nun noch dazu von ungefähr unterm Tisch ihr Füßchen im engen Schuh und zarten, weißen Strumpf erblickte, und dabei an Rosinens breiten, männlichen Fuß dachte, loberte sein Herz für die Blondine in hüllen Flammen. Er vergaß die erkorene Braut und rüschte sich kein anderes Paradies, als in welches ihn die keusche Susanna einführen könnte. Es tat ihm recht weh, daß sie die schönen Augen züchtlich vor sich niedergehenkt und der Kaffeetafel zugewandt hielt. Nicht einmal seine ganz neue, perlglanzfarbene, seidene Weste konnte ihre Blide wegwandeln. Er hätte ihr gern die süßen Gefühle, die ihn bewegten, erklärt, hätte ihn nicht die Gegenwart der Eltern geindert. Doch konnte er sich nicht entsagen, ihr, indem er mit seinem Fuß dem ihrigen nahe, durch einen sanften, zärtlichen Druck auf denselben zu verraten, wie gern er mit ihr in Berührung kände.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung.

Schweiz.
Zürich. Genosse Otto Lang, der erste sozialdemokratische Beamte in der Schweiz, wurde vom Volke als Bezirksanwalt (Untersuchungsrichter) wiedergewählt.

Belgien.
Brüssel. Die „Chronique“ meldet, es habe sich ein Syndikat der Kohlengrubenbesitzer zum Zwecke der Abwehr der unberechtigten Forderungen der Arbeiter gebildet.

Ueber den Stand der belgischen Verfassungsfrage liegt folgende Meldung aus Brüssel vor:

Die Zentralsektion der Kammer trat abermals zur Prüfung der Frage der Revision des Wahlrechts zusammen und beschäftigte sich mit den in einer Versammlung der Rechten beschlossenen Resolutionen betreffend das Erfordernis einer gewissen Kapazität zur Ausübung des Wahlrechts. Danach lehnt die Rechte das Kapazitätswahlrecht ab, ausgenommen für solche Personen, die Universitätsdiplome besitzen. Indessen erklärten sich mehrere Mitglieder der Rechten herbei, für ein beschränktes Kapazitätswahlrecht zu stimmen, wenn man nachzuweisen vermöge, daß dadurch die Zahl derjenigen Wähler vermehrt werde, die auf Grund des Besizes einer eigenen Wohnung und des auf 10 Franks herabgesetzten Jensus das Wahlrecht erhalten; und wenn ferner die Linke dieses Zugeständnis für wichtig und zur Herbeiführung einer Verständigung geeignet erachte. Janson trat der von Frère-Orban beantragten sofortigen Abstimmung entgegen und verlangte die Fortsetzung der Debatte, da er überzeugt sei, daß dieselbe zu einem zustimmenden Votum führen werde. Die Zentralsektion vertagte sich, um von einem Protokoll Kenntnis zu nehmen, welches konstatiert, daß die Mitglieder der Zentralsektion in Betreff des Alters von 25 Jahren, der Herabsetzung des Jensus auf 10 Franks, und des Besizes einer eigenen Wohnung sich mit einander in Uebereinstimmung befinden.

Das Resultat der langen Verhandlungen scheint zu sein, daß alle Bevölkerungsschichten das Wahlrecht erhalten, mit Ausnahme derjenigen, aus welcher unsere Partei sich rekrutirt. Daß dies zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther dienen wird, glaubt wol kein vernünftiger Mensch in und außerhalb Belgiens.

England.
Aus London wird gemeldet: Die Londoner Polizei fahndet auf zwei Unterhausmitglieder, den Kapitän Verney, liberaler Vertreter von Nord-Buckinghamshire und die Cobain, konservativer Vertreter von St. Belfast, welche sich grober Verbrechen gegen die Sittlichkeit schuldig gemacht haben sollen. Cobain ist eines unnatürlichen Verbrechens angeklagt. Beide haben sich ihrer Verhaftung durch die Flucht ins Ausland entzogen. Die Flüchtigen werden voraussichtlich ihrer Mandate für verlustig erklärt werden.

Schweden.
Wie die Regierungen Sozialreform treiben, dafür hat die schwedische Regierung einen neuen Beleg geliefert. Dieselbe hat eine Kommission niedergesetzt, welche Vorschläge über eine etwa erforderliche veränderte Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Betreff der Verwendung Minderjähriger in Fabriken u. a. ausarbeiten soll. Anlaß hierzu haben teils gewisse Wünsche gegeben, welche die Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Tätigkeit Minderjähriger in Fabriken, im Handwerk und in den Betrieben betreffen, teils auch die Erörterungen der Fragen, betreffend die Regelung der Arbeit in industriellen Unternehmungen und Gruben, auf der im vorigen Jahre in Berlin abgehaltenen internationalen Konferenz, an welchen Erörterungen sich auch Vertreter Schwedens beteiligten. Die Kommission soll sich insbesondere auch darüber aussprechen, ob und in welchem Umfange die von der Berliner Konferenz angenommenen bezüglichen Grundzüge in Schweden zur Geltung zu bringen sind. Zu Mitgliedern der Kommission sind berufen: Landeshauptmann de la Gardie als Vorsitzender, Fabrikant R. Almström, Redakteur Beckmann, Fabrikant Blomberg, Professor Lovén, Sekretär der landwirtschaftlichen Akademie, Fabrikdisponent Thom und kein Arbeiter. In England und Frankreich hat man doch wenigstens die Arbeiter nicht ganz ausgeschlossen; in Schweden scheint man dagegen der deutschen Methode zu huldigen, nach welcher die Arbeiter vom grünen Tische aus und nach den engherzigen Anschauungen der Bureaucratie und der — Unternehmer, die zu fragen man ja auch in Schweden nicht vergessen hat, „glücklich gemacht“ werden sollen. Selbst eine Ansicht über das, was ihnen frommt, haben zu wollen, ist nach dieser Auffassung eine „Anmaßung“ der Arbeiter.

Zu unserem lebhaftesten Bedauern sehen wir uns gezwungen, wegen Raummangels unsern Lesern von der 102. Sitzung des Reichstages nur die Rede des Abgeordneten Auer zu veröffentlichen. Wir bedauern dies um so mehr, als verschiedene Abgeordnete der bürgerlichen Parteien sich bei dieser Gelegenheit biamirten, so gut sie nur konnten, so die Abg. Leuschner (Rp.), Barth (Dfr.), Hartmann (Df.), Berlepsch und von Stumm.

Abg. Auer (So.): Der Abg. Hartmann hat mit großem Aufwand von Pathos erklärt, daß er sich vor meiner Partei nicht fürchte: das glaube ich ihm aufs Wort, namentlich in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt. Er hat dann aus einer Aeußerung des Abg. Vebel den Schluß gezogen, daß wir drohen, und hinzugefügt, daß er sich vor diesen Drohern nicht fürchte, daß aber er die Konsequenzen einer solchen Drohung gezogen und uns mit allen Machtmitteln entgegenzutreten werden würde. Nichts liegt uns ferner, wir könnten gar nichts Törichtereres tun wollen unter den gegebenen Umständen und angesichts der tatsächlichen Machtverteilung, als uns mit Drohungen Ihnen gegenüber zu ergehen. Das Drohen findet vielmehr von Ihrer Seite in einem fort statt und es beweist nur das Unsichere Ihrer Stellung, wie unheimlich sie sich nach und nach zu befinden anfangen, daß gerade Sie immer wieder mit dem Appell an die Gewalt drohen, in der Form allerdings, daß wir die Gewalt in Anwendung bringen wollen. Fällt uns gar nicht ein. Untere Position ist eine viel zu angenehme. Wir befinden uns in einer Stellung, wie wir sie uns gar nicht besser wünschen können. Wir müßten sehr ungeschickt und dumm sein, wenn wir das täten, was Sie uns glauben machen wollen. Wenn wir Ursache hätten zu bezweifeln, daß wir nach und nach auf organischem, friedlichem Wege zu unseren Zielen kommen werden, so würde gerade die Frage der Einführung eines Normal-Arbeitstages uns beweisen, daß wir keinen Appell an die Gewalt nötig haben. Ich bin ein langjähriger Mitglied dieses Hauses; ich habe den Verhandlungen 1877 über die erste Gewerbe-Ordnungsnovelle beigewohnt und seitdem mehrmals gleichen Verhandlungen und nun vergleichen Sie die Stellung der verschiedenen Parteien von heute und vor 10—15 Jahren zu dieser Frage! Das Zentrum hat sich für die gesetzliche Einführung des Normal-Arbeitstages erklärt, selbst aus den Reihen der Nationalliberalen kam eine ähnliche Erklärung seitens eines Großindustriellen. Auch die Konservativen haben dasselbe erklärt. Selbst unter den Freisinnigen befindet sich ein Mitglied, welches dem Normal-Arbeitstage anhängt, der Abg. Harmening. Hiernach muß es uns kommen, daß wir mit Gewalt unser Ziel zu erreichen gedächten. Legen Sie solche Behauptungen zu dem Sozialistengesetz. Schon heute ist eine Mehrheit für den Normalarbeitstag vorhanden; nur über die Grundzahl gehen die Meinungen auseinander. Wir sind Ihnen allerdings hierin um einige Pferdeklänge voraus. Die Frage, ob 11, 10, 9 oder im äußersten Falle 8 Stunden, hat mit dem Prinzip selber nichts zu tun. Der Abg. Leuschner hat mit der größten Seelenruhe, die diesen Herrn auszeichnet, behauptet, ein gleichmäßiger Normalarbeitstag sei nicht denkbar. Diese Weisheit wissen wir auch. Wer verlangt einen gleichmäßigen Normalarbeitstag? Der Normalarbeitstag schließt doch nicht die Gleichmäßigkeit ein. Es ist damit nur eine Zeit gegeben, über die nicht hinausgegangen werden kann. Für den sanitären Normalarbeitstag ist auch der Herr Minister. Ich möchte ihn um eine Vorlage für Einführung des sanitären Normalarbeitstages ersuchen. Die übrigen Schlüsse, die sich daraus erachen werden, die Lohnregulierung, die wir als Nebenzweck verfolgen, wollen wir gar nicht darin ausgesprochen haben. Es ist uns völlig gleichgültig, aus welchen Gründen die Regierung einen solchen Antrag bringt. Also her mit dem sanitären Normalarbeitstag! (Heiterkeit.) Herr Leuschner hat dann den durch sein Alter sehr ehrbaren Einwand gemacht (Heiterkeit), daß derartige Maßnahmen nur im Wege internationaler Vereinbarung getroffen werden können. Was würde Herr Leuschner, der ja ein begeisterter Vorkämpfer der Schutzpolitik ist, gesagt haben, wenn wir 1878 erklärt hätten, daß, so lange nicht alle Staaten Schutzzölle einführen, auch Deutschland sie nicht einführen könne. Wir hätten nie Schutzzölle bekommen, wenn dieses Argument auch für Sie gegolten hätte. Sie beherrschen die nationale Produktion und das nationale Absatzgebiet; wie kommen Sie nun dazu, die Berechtigung unserer Forderung, die nur noch von einzelnen Anhängern der Manchestertheorie bekämpft wird, zu bestreiten? Mit der bloßen Sympathie ist gar nichts getan; zugreifen, ausführen müssen Sie! Der Abg. Leuschner meinte, daß, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, so würden die Arbeiter nur häufiger in dunn- und rauchgeschwängerte schlechte Kneipen gehen. Allerdings in der Lage, die wohlwollendsten Weinkneipen zu besuchen, sind sie nicht. (Laut des Abg. Leuschner.) Ob Herr Leuschner sie besucht, weiß ich nicht. Aber er könnte es, wenn er es wollte. (Heiterkeit.) Aus bloßer Bosheit gehen die Arbeiter nicht in die schlechten Lokale; sie können die besseren nicht besuchen, in denen sie Herrn Leuschner und seinen Freunden Gesellschaft leisten würden. (Heiterkeit.) Daß die Arbeiter mit der Verkürzung der Arbeitszeit zunächst nicht einverstanden sind, gebe ich dem Handelsminister zu. Die Arbeiter waren auch empört über die Einschränkung der Kinderarbeit. Diese Elemente, die so schlecht über ihr eigenes Wol unterrichtet sind, dürfen doch nicht ausschlaggebend sein in solchen Sachen. Können Sie aus größeren Arbeiterkreisen der Länder, wo der Normalarbeitstag eingeführt ist, ein Zeugnis anführen gegen diese gesetzliche Benimmung? Dagegen sind Tausende von Zeugnissen dafür vorhanden, daß diese Arbeiter mit aller Energie daran festhalten. Der Abg. Barth vertrat die eigentliche prinzipielle Gegnerenschaft gegen unseren Antrag und zwar in einer so brillanten Weise, daß man angesichts des Umstandes, daß die Vertreter des Manchesterismus nach und nach sehr rar werden, der freisinnigen Partei dazu gratulieren kann, daß sie unter ihren jüngeren Kräften einen so ausgezeichneten Vorkämpfer hat. Aber der Glaube an die Zuverlässigkeit des Standpunktes des Abg. Barth schwindet mehr und mehr, selbst in den Kreisen, welche mit diesem Standpunkte sympathisieren. Daß unser Antrag sich in Bezug auf seinen Einfluß auf die Lohnregulierung von den übrigen Schutzbestimmungen des Gesetzes unterscheiden soll, ist nicht richtig. Auch die letzteren

Bestimmungen haben nicht nur einen sanitären Charakter, sondern werden ebenfalls, wenn auch nicht in dem Umfange wie dieser Antrag, auf die Lohngestaltung einwirken. So ist auch die letzte Schanze, von welcher aus Herr Barth mit Selbstmuth wie ein Löwe seine Stellung verteidigte, unterminirt. Auch für Sie kommt der Tag von Damaskus. (Heiterkeit.) Die Ausnahmen in der Schweiz und in Oesterreich haben wieder eine große Rolle gespielt. Der Meinung des Ministers, daß bei uns im Gegensatz zur Schweiz das Gesetz mit rigoröser Härte auszuführen werden würde, weil unsere Bureaucraten zu edig sind und sich nicht der Volkanschauung anpassen würden, kann ich nicht beistimmen. Wo es sich um die Vorteile der Unternehmer handelt, verliert sich die Schärfe unserer Bureaucraten vollständig. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Daß das Gesetz übertreten wird und in der ersten Zeit eine gewisse Latitüde obwalten muß, kann kein Grund sein, das Gesetz überhaupt nicht zu erlassen. Wie froh wären die deutschen Arbeiter, wenn, wie der Abg. Barth von Oesterreich anführte, nur in 605 Fällen jährlich das Arbeitsmaximum überschritten würde! Der Einwand, daß bei gesetzlicher Festsetzung einer Maximalzeit auch Betriebe mit kürzerer Arbeitszeit angereizt würden, ihre Arbeitszeit bis auf das Maximum auszuwehnen, bedeutet nichts, denn gerade bei angehenden Krisen behnen die Unternehmer, wie Grillenberger gefeuert darlegte, die Arbeitszeit aus; es ist also vorteilhaft, wenn sie dabei nicht über ein gewisses Maß hinausgehen dürfen. Wenn Herr Barth die industriellen Reserve-Armeen auf die gleiche Linie stellt mit dem Reservefonds und Reservemaschinen der Geschäfte und Unternehmungen, so übersteht er doch, daß jene Armeen Menschen sind, die doch an sich etwas Anderes sind, als ein beliebiges Rohmaterial oder eine Maschine; diese Bemerkung erklärt sich eben nur aus dem rein manchesterlichen Standpunkt des Herrn Barth. Unangenehm bei der Einführung des Normal-Arbeitstages sind nur die Uebergangsverhältnisse. Gewiß sind heute viele Vorteile, viele Genußmittel dem Arbeiter zugänglich im Vergleich zu früheren Zeiten; aber der Unterschied der Lebenslage der Arbeiter und der höheren Klassen ist heute eher ein größerer als früher. Von diesem Standpunkte aus erst bekommt man das richtige Bild von der sogenannten Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter im Allgemeinen. Die Wohnungsverhältnisse, die Lebensweise hat sich in den letzten Jahrhunderten durchweg verbessert, aber sehr viel mehr zu Ungunsten der Arbeiter wie der besser situierten Klassen. Eins aber ist erreicht, die Anerkennung, wenigstens theoretisch, der Gleichberechtigung mit den übrigen Bevölkerungsklassen. Nun sagt der Minister der Innheit der von uns beigebrachten Broschüre bewiese nichts für die gegen das Unternehmertum erhobenen Anschuldigungen. Handelte es sich nur um die Stellungnahme zum 1. Mai, dann ließe sich über die Sache reden. Aber der Minister ist schlecht unterrichtet, es ist nicht wahr, daß der Metallarbeiter-Verband bloß für diesen Tag sich engagirt habe. Ein Einblick in das Verbandsstatut wird ihn eines Besseren belehren; in § 2 heißt es: Als unredliche Streiks werden solche angesehen, welche auf Erzwingung höherer Löhne gerichtet sind, gleichviel ob mit oder ohne Kontraktbruch. Das Mäntelchen des Kontraktbruches fällt also hier hinweg. Herr v. Berdy hat ausdrücklich an Herrn Frh. Kühnemann geschrieben, daß die „wüsten Agitatoren“ von der vaterländischen Arbeit ausgeschlossen werden sollen. Es werden Listen solcher Agitatoren aufgestellt, hier habe ich eine in der Hand, auf der sich 170 Namen befinden; die Maschinenbauanstalt von Schwarzkopf zeigt darin an, daß 20 namhaft gemachte Arbeiter auf die Liste gebracht und darin weiter zu führen seien; datirt ist das Schriftstück vom 2. Oktober 1890, also recht lange nach dem 1. Mai. Bei jedem Einzelnen wird der Grund angegeben, weshalb er auf die Liste muß; da heißt es z. B., der Eine habe in besonders hervorragender Weise für die internationale Sozialdemokratie agitirt; ein Anderer hat über Verhältnisse in der Fabrik in öffentlicher Versammlung entstellte Mitteilungen gemacht, ein Dritter hat zum Beitritt zu Gewerkschaften aufgefordert. Entlassen kann die Fabrik die Arbeiter, aber auf Grund dieser Dinge die Arbeiter in eine schwarze Liste hinein zu bringen, die durch ganz Deutschland zu verbreiten, um ihnen die Möglichkeit zu nehmen, irgendwo Arbeit zu bekommen, wer kann das rechtfertigen? Die Sache geht aber noch viel weiter. Ein Schreiben der Eisenbahndirektion Berlin an Herrn Frh. Kühnemann besagt, daß hinsichtlich der „wüsten Agitatoren und Unruhestifter“ die königlichen Eisenbahngewerkschaften sich dem Vorgehen des Verbandes der Metallindustrie anschließen sollen. Es sind sogar Irrtümer in diesen Listen mit untergelaufen. In einigen Fällen haben die Unternehmer selbst um Streichung von Namen aus der Liste der Agitatoren ersucht, weil die Leute ganz unschuldig auf die Liste gekommen sind; am 4. August ist noch ein solcher Antrag gestellt worden. Manchmal hat es also Monate lang gedauert, bis die Betroffenen wieder zu ihrem Recht gekommen sind. Es handelt sich hier um einen fortgesetzten Treubruch der Arbeitgeber gegen die Arbeiter. Der Abg. Viehl hat uns im vorigen Jahre aus Hamburg einen Fall angeführt, wo ein Meister von seinen Arbeitern gezwungen wurde aus der Innung auszutreten. (Vizepräsident Graf Ballestrem: Diesen Fall hat weder der Minister erwähnt, noch hat der Abg. Viehl hier gesprochen; ich bitte also den Redner, zum § 136. zu sprechen.) Ich glaube also, die Ausführungen des Ministers widerlegt zu haben, weil seine Voraussetzungen eben so absolut falsch sind. Es sind Tatsachen, daß die königlichen Behörden mit den industriellen Verbänden gemeinsame Sache gemacht haben, um den Arbeitern das ihnen gewährlaste Koalitionsrecht zu schmälern. Auf dem Wege der freien Vereinbarung werden wir nicht dazu kommen, einen Normal-Arbeitstag herbeizuführen, in einem Staatesweien, wo die Polizei ein Zinsgeld über Geiseln von 3000 Mark annimmt, um der freien Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter Hindernisse in den Weg zu legen. Im Gesetz, auf dem Papier steht es; wie es aber in der Wirklichkeit gehandhabt wird, sehen Sie aus meinen Darlegungen. Das Koalitionsrecht ist kein freies bei uns; es verhält sich damit ebenso wie mit Ihrer Sympathie für die Verkürzung der Arbeitszeit, diese ist nur platonisch, theoretisch. In der Praxis folgen Sie den Grundätzen, welche unser Kollege Herr Puttkamer in seiner Ministerperiode in seinem Streikerlaß in klassischer Weise niedergelegt hat.

Der Antrag auf Einführung des 10stündigen Normal-Arbeitstages wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Volksparteilers Wager und des Abg. v. Münch, der Antrag

Auf Einführung des 8stündigen von 1894 und des 5stündigen von 1898 ab gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. April 1891.

Zur Maßfeier. Wie das königliche Polizeipräsidium auf die Eingabe um Genehmigung zur Versammlung der hiesigen sozialistischen Arbeiter am 3. Mai auf dem Schießwiderplatte zum Zweck der Veranstaltung eines öffentlichen Aufzuges nach Oswig — geantwortet habe, ob der königliche Polizeipräsident, um ein gutes Werk zu tun, die Genehmigung erteilt oder verweigert hat — die Anfrage müssen wir im verneinenden Sinne beantworten. Was Innungen, die innerhalb der Stadt große Umzüge veranstalten, die innerhalb der Straßen Verkehrsstörungen aller Art verursachen, erlaubt und gestattet wird, das muß natürlich den Arbeitern, welche außerhalb der Stadt, auf einem Platze sich versammeln wollen, der nicht im geringsten von Verkehrsadern durchzogen ist, rund abgeschlagen werden; ja nicht einmal scheint es nötig, dem Gesuche, das von dieser Seite kommt, durch Gründe, Paragraphen dieser oder jener Art — es giebt wohl deren genug — die Unausführbarkeit, die Ablehnung zu bezeugen; nein, „man“ macht es einfacher, wozu denn sich noch lange nach Gründen umhin, wo keine vorhanden sein können, um eine Ablehnung des Gesuches zu ermöglichen; „man“ macht es sich viel leichter und schreibt nur oder läßt schreiben: Es kann nicht genehmigt werden. Daß wir damit nicht zufrieden sein können, daß wir mit dieser schroffen und durch keine Gründe entschuldbaren Verweigerung zur Abhaltung der Versammlung es bewenden lassen werden, das konnte dem Polizeipräsidenten doch klar sein; eine Beschwerde wird eingereicht und das übrige wird sich wol dann finden. Außerdem einen kleinen Rat für den Herrn Polizeipräsidenten: Das Aktenstück durchlesen zu wollen, um nicht Schnitzer durchlaufen zu lassen; die nachgesuchte Genehmigung wollen wir uns nicht noch einmal genehmigen lassen, sondern sie wollen erst die Genehmigung selbst erhalten.

Gegen die Erhöhung der Medizinpreise in Breslau. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die Kommission zur Wahrung der Interessen hiesiger Krankenkassen eine Erwiderung auf die in den Zeitungen abgedruckt gewesene Erklärung der hiesigen Apothekenbesitzer vorbereitet. Zu diesem Zweck sind eine Anzahl größerer Kassen um weitere Lieferung von statistischem Material, insbesondere aber um die Berechnung der Kosten der einzelnen Rezepte erzuht worden. Eine der ersten Kassen, welche diese sehr umständliche und zeitraubende Arbeit fertig gestellt hat, ist die Ortskrankenkasse für die gewerblichen Arbeiter im Landkreise Breslau. Das Ergebnis der Zusammenstellung dieser Kasse ist nach mehreren Seiten besonders beachtenswert und wiederlegt in wahrhaft vernichtender Weise die Behauptungen der Apothekenbesitzer der Stadt Breslau, welche dahin lauteten, „es sei durch genaue Rechnung festgestellt worden, daß der Durchschnittspreis für ein Rezept in den letzten 2 Jahren von 70 auf 59 Pfg., bei einzelnen Kassen sogar auf 40 Pfg. herabgegangen sei,“ und „daß es bei den Krankenkassen den Ärzten vorgeschrieben sei, nach besonders ökonomischen Grundsätzen zu verfahren,“ sowie „daß sich die ärztlichen Verordnungsweisen in den letzten Jahren immer mehr vereinfacht haben.“ Die Aufstellung jener an Mitgliederzahl ganz bedeutenden Ortskrankenkassen enthält die Medikallieferungen in den Jahren 1885, 1888 und 1890 und zwar getrennt nach den Apotheken der Stadt und des Landkreises. In den angegebenen Jahren bezogen die Kassen aus städtischen Apotheken 1206 bzw. 1680 bzw. 1938 dispensierte Arzneien. Der Durchschnittspreis des einzelnen Rezepts betrug 93 Pf., 104 Pf., 107 Pf. oder nach Abzug von 25 Prozent Rabatt — den die Apothekenbesitzer in ihrer Erklärung wiederholt als „Geschenk“ bezeichnen — 1885 — 69 3/4 Pf., 1888 — 78 1/2 Pf. und 1890 — 80 1/2 Pf., ist also fortwährend gestiegen und in jedem Jahrgang höher, wie ihn die Apotheker angegeben haben. Der Bezug aus den Apotheken des Landkreises betrug in denselben Jahrgängen 1208, 1833 und 2854 dispensierte Arzneien. Der Bruttopreis per Rezept berechnete sich auf 145 Pf., 114 Pf. und 105 Pf. oder nach Abzug des Rabatts, den diese Herren nur in Höhe von 10 Prozent bzw. 12 1/2 Prozent gewährten, auf 109 Pf., 103 2/3 Pf. und 96 1/2 Pf. — ist also fortwährend niedriger geworden.

Invalditäts- und Altersversicherung. Es ist in Frage gekommen, ob dann, wenn irrtümlich statt der vorgeschriebenen Beitragsmarken solche einer niederen Lohnklasse verwendet worden sind, die Verichtigung in der Weise erfolgen kann, daß der fehlende Differenzbetrag nachträglich beigebrachte Beitragsmarken von er-

sprechendem Werte ausgeglichen wird. Das Reichs-Versicherungsamt hat durch Beschluß vom 4. April 1891 die Zulässigkeit eines derartigen Verfahrens verneint. Die Verichtigung der Beitragsleistungen in der vorerwähnten Weise würde zur Folge haben, daß die Höhe der demnach zu gewährenden Rente willkürlich beeinflusst wird. Denn die alsdann nach § 26 des Gesetzes sich ergebenden Steigerungssätze würden in vielen Fällen ein anderes Ergebnis liefern, als wenn von vornherein die richtigen Marken verwendet worden wären. Es wird daher die Verichtigung stets derart auszuführen sein, daß die irrtümlich verwendeten Marken unter Erstattung ihres Wertbetrages vernichtet und die vorgeschriebenen Marken in die Quittungskarten eingeklebt werden.

Postnachnahmebriefe. Nach neuerer Bestimmung darf in der Aufschrift von Nachnahmebriefsendungen der Grund der Nachnahme in gedrängter Kürze, z. B.: „Gerichtskosten“, „Mitgliedsbeitrag für den Verein N.“, „Bezugspreis für das dritte Vierteljahr 1891“, „Schreibgebühren“, „Einrückungskosten“ u. s. w. angegeben werden. Diese Bestimmung gilt für den gesamten heutzutage Postverkehr einschl. Bayern und Württemberg.

Vom Scheitniger Park. Mit dem allerdings langsam einziehenden Frühling haben nun auch im Scheitniger Park die geliebtesten Sänger wieder ihr Sommerquartier bezogen, und überall erschallt der fröhliche Gesang von Staar, Drossel, Amstel etc. Die Futterkästen, in denen den Winter über den hungerten Vögeln Nahrung gespendet worden war, sind bei Seite geschafft; dafür ist eine größere Anzahl neuer Nistkästen angebracht worden. Auch die Pflanzenwelt fängt an sich lebhafter zu entwickeln. An Stelle der schon verblühten Schneeglöckchen fallen dem Naturfreunde jetzt in der Nähe der Wilhelmssäule blühende Veilchen, Leberblümchen, Crocus, Blausternen (Scilla sibirica) etc. ins Auge; auch das weiße Windröschen oder die Gaiandemone entfaltet bereits, wenn auch noch vereinzelt, ihre weißen Blüten. Allenfalls schwellen die Knospen an Baum und Strauch. Der Cornelnirschenbaum hebt sich bei einem Spaziergange durch die neueren Parkteile, in Folge seiner äußerst zahlreichen gelben Blütenbüschel, sehr vorteilhaft hervor. Die angenehmste Pflege, welche für das gute Gedeihen der Parkanlagen unentbehrlich ist, läßt sich auf Schritt und Tritt beobachten. Viele Tausend Quadratmeter schlechter Rasenflächen, die bereits umgegraben sind, harren bei günstiger Witterung erfolglicher Neubebauung und die Hochwasserschäden an den Parkwegen sind zum größten Teil wieder beseitigt.

Beschönnerung. Der zu dem Grundstücke Klosterstraße Nr. 86 gehörige, an den alten Militär-Kirchhof angrenzende Vorgarten ist von seinem das Auge verletzenden unschönen Lattenzaun befreit und mit einem geschmackvollen Drahtzaun umgeben worden.

Die Straßenbau-Arbeiten sind schon in vollem Gange. Einem lange empfundenen Bedürfnis entsprechend wird die von der Gneisenaustraße nach der Vorderbleiche führende Straße entsprechend erhöht und neu gepflastert, auch die Brücke über die Mühlflutrinne erhält eine entsprechende Aufbesserung. Kanalbau- und Röhrenlegungsarbeiten werden auf mehreren Straßen der äußeren Stadtgebiete ausgeführt.

Pferdebahn. Drei der neuen zweispännigen Wagen, welche für die Linie Kleinburg-Obertor bestimmt sind und aus der Linte'schen Fabrik stammen, werden morgen in Betrieb gestellt. Die Wagen sind 7 1/2 Meter lang und 1,90 Meter breit und haben Raum für 20 Personen im Innern und 12 auf den Plattformen. Die Einrichtung ist der der übrigen Wagen ähnlich, nur daß sich von den auf jeder Seite vorhandenen drei größeren und 2 kleineren Fenstern nur die letzteren öffnen lassen. Sämtliche Fenster sind mit Rollvorhängen versehen. Die Routenschilder sind nicht wie auf den alten Wagen vorne, sondern an der Seite angebracht. Der Wagen selbst ruht nicht wie bisher auf Gummirollen, sondern auf eisernen Spiralen. Drei gleiche Wagen, welche aus der Hoffmann'schen Fabrik stammen, werden, wie die „Bresl. Ztg.“ meldet, wahrscheinlich Dienstag in Betrieb gestellt werden.

Stiftungsfest des sozialdemokratischen Arbeitervereins. Am Sonnabend, den 9. Mai d. J. findet das Stiftungsfest des hiesigen sozialdemokratischen Arbeitervereins statt, welches durch seine Reichhaltigkeit der Programmteile und durch die in Aussicht gestellte Feste und dramatische Aufführung, sowie durch den darauffolgenden Tanz schon im Voraus für das gute Gelingen die besten Aussichten stellt. Das Lokal, in welchem das Stiftungsfest gefeiert werden soll, wird demnach mitgeteilt werden.

Vom Breslauer Konsum-Verein. Der Protest gegen die in der Central-Versammlung nachgelassenen Wahlen ist nunmehr mit einer großen Anzahl von

Unterschriften der Direktion des Breslauer Konsum-Vereins durch eine Deputation überreicht worden. Mit dem Proteste ist der Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen General-Versammlung zur Erledigung verschiedener Verhandlungsgegenstände verbunden. In dem Antrag wird betont, daß die jüngst vorgenommenen Wahlen zweifellos ungültig seien, weil notorisch Tausende von Mitgliedern, welche sich zum Wahltermine rechtzeitig eingefunden, an der Ausübung ihres Wahlrechtes dadurch gehindert seien, daß ihnen der Eintritt in das Wahllokal verweigert wurde, und weil ferner, wie nachgewiesen werden könne, insofern bei der Wahl Ordnung nicht geherrscht habe, als eine Kontrolle bei Abgabe der Stimmzettel absolut nicht vorhanden gewesen sei. In dem Antrage ist auch ausgesprochen, daß die Antragsteller in den Berechtigkeitslisten der Direktion das Vertrauen setzen, daß dieselbe nach Sachlage dem Antrage ohne weiteres Folge geben werde.

Breslauer Verein für volksverständliche Gesundheitspflege und Naturheilkunde. In der am 14. d. Mts. im Vereinslokal „Stadt Leipzig“, Ursulinerstraße 24, abgehaltenen Versammlung wurde ein mit vielem Beifall aufgenommener, recht interessanter Vortrag über „Nervosität und deren naturgemäße Behandlung“ zu Gehör gebracht. Hieran schloß sich die Besprechung einer Broschüre, sowie die sehr sachgemäße Beantwortung verschiedener Fragen. Der Zuspruch des Publikums zu dieser Versammlung war wieder ein so großer, daß der Saal sämtliche Besucher nicht zu fassen vermochte. Die zahlreichen Anmeldungen zur Mitgliedschaft bewiesen wiederum, welcher Gunst sich dieser noch junge Verein bei dem Publikum erfreut.

Unglücksfälle. Der Maurer Karl Sattner aus Oswig stürzte beim Bau eines Schornsteins aus beträchtlicher Höhe herab und erlitt eine schwere Verletzung des Unterleibes. — Ebenfalls bei einem Bauverunglücke der Arbeiter Wilhelm Gewinn, dem beim Abrufen ein Balken auf die rechte Schulter fiel und eine schlimme Verletzung derselben zufügte. — Der Arbeiter Karl Schubert aus Lorzendorf, Kreis Oplau, wurde beim Acker von der Düngermaschine erfaßt, zu Boden gerissen und überfahren. Der Mann erlitt einen Bruch des linken Beines. Alle diese Verunglückten fanden Aufnahme im hiesigen Krankeninstitut der Barmherzigen Brüder.

Verirrt wurde am 17. d. Mts., Abends, ein 7jähriges Mädchen angetroffen und nach dem Armenhaus gebracht. Das Kind giebt an, daß es Emma Thürling heiße und daß seine Eltern (der Vater soll Bremser sein) erst vor Kurzem von Pirscham hierher gezogen sein.

Verirrt wird seit dem 11. d. M. der Anstreicher Otto Plato, Matthiasstraße 27 wohnhaft. Derselbe hat sich an genanntem Tage bei seinem Arbeitgeber seinen Lohn auszahlen lassen und ist seitdem verschwunden. Er ist 33 Jahre alt, von mittlerer Statur, hat schwarzes Haar, schwarzen Bart und gelbliche Gesichtsfarbe; sein linker Arm ist steif. Bei seiner Entfremdung trug er dunklen Arbeitsanzug, Sommerüberzieher und einen Filzhut.

Warnung vor einem Betrüger. Ein gewisser Wilhelm Köppler, der schon vielfach vorbestraft ist und zuletzt eine fünfjährige Gefängnisstrafe wegen Diebstahl verbüßt hat, wurde nach seiner Entlassung von einem hiesigen Rechtsanwalt aufgenommen. Da er aber verschiedene Klienten seines Chefs um Darlehne angesprochen hatte, war ihm für den 15. d. M. gekündigt worden. Er verließ seine Stelle indessen schon am 13. d. M. und begab sich alsbald zu einem Klienten des Rechtsanwalts, dem er, angeblich in dessen Auftrag, einen Vorstoß von 20 Mark abverlangte. Wahrscheinlich hat Köppler bei verschiedenen anderen Personen ein ähnliches Manöver in Scene gesetzt.

Betrüger. Ein Arbeiter aus Schwadawa, Kreis Brieg, wollte am 17. d. Mts., Abends, von hier nach Berlin fahren. Er machte vorher die Bekanntschaft eines Mannes, mit dem er ein Restaurant besuchte und welcher sich dann erbot, ihm seine Pakete zum Bahnhof zu tragen. Während der Arbeiter nun sein Billet löste, verschwand der Fremde mit dem Gepäck, in dem sich außer Wäsche auch ein Sparkassenbuch der städtischen Sparkasse zu Brieg über 900 M., auf den Namen Gottlieb Jeltich lautend, befand. Der Dieb ist ungefähr 30 Jahre alt, hat dunklen, am Kinn ausrasterten Bart und trug dunkeln Rock nebst hellen Beinkleidern.

Unter falschem Namen. Am 10. März cr. 209 ein angeblicher Drechsler, der sich Karl Stein nannte, zu einer Wittfrau auf die Klosterstraße. Da er durch sein Betragen Verdacht erregte, wurde er einer Beobachtung unterzogen, und es wurde in Erfahrung gebracht, daß der x. Stein sich einen falschen Namen

beliegt hatte; er wurde in Folge dessen seitens der Polizeibehörde vorgeladen, um sich darüber zu verantworten. Bei dieser Gelegenheit fand man bei ihm ein auf den Namen der Schülerin Martha Stumpf lautendes Sparlattenbuch der Städtischen Sparkasse zu Breslau vor. Im weiteren Verlauf des Verfahrens stellte es sich heraus, daß er der Schmiedelehrling Adolf Kaiser ist, und nun legte er auch in Betreff des Buches ein offenes Geständnis ab; er hat es nämlich bei einem Besuche bei seiner Pflegemutter derselben gestohlen. Von dem Buch hat er in fünf Raten 430 Mark erhoben und sich für das Geld einen Ueberzieher, Anzüge, Ringe, eine Uhr u. gekauft; außerdem hat er seine „Braut“ mit einer Taschenuhr und anderen Gegenständen beschenkt.

Verhaftungen. Am 13. d. Mts. wurde ein auf der Elbingstraße wohnender Schuhmacher und am 16. ein Apoteker, beide wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit (§ 176 des Reichsstrafgesetzbuchs) verhaftet.

Pollzeiliche Nachrichten. Gefunden: ein Carton mit vier Damenjaquets, ein silbernes Gliederarmband mit Schloß, zwei Portemonnaies, ein goldener Trauring mit den Buchstaben P. R., eine goldene Damen-Cylinderuhr mit Nickelkette. — Abhanden gekommen: einem Kaufmann auf der Friedrich-Wilhelmstraße ein Portemonnaie mit 215 Mk., einer Pensionärin auf der Gartenstraße eine silberne Damenuhr mit dem Monogram H. G., einem Dampf sägemerksbesitzer vom Oderufer ein Handhahn. — Gestohlen: einem Fabrikinspektor mittelst Einbruch aus einem Pult ca. 150 Mk., einem Pfefferschüler auf der Weidenstraße ein Rehmarsch. — Als mutmaßlich gestohlen wurden 7 1/2 Meter schwarzer Cachemirstoff und 2 3/4 Meter schwarzer Seidenstoff beschlagnahmt, die von einem jungen Manne, der Commis in einem Manufakturwarengeschäft zu sein schien, an eine Frauensperson verkauft worden waren. Verschiedenen anderen Personen hat derselbe Mann ähnliche Anerbietungen gemacht. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Waaren von einem großen Diebstahl herrühren. Personen, welche hierüber Auskunft erteilen können, werden aufgefordert, sich auf dem Königl. Polizei-Präsidium, Zimmer Nr. 16, zu melden. — Verhaftet vom 17. bis 18. d. Mts. 18 Personen.

Breslauer Marktpreise vom 18. April per 100 Kilogr. Tabelle mit Spalten für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen und Kartoffeln mit Preisen für gute, mittlere und geringe Waaren.

Schlesien.

Ueber die Wirkung der Unteroffiziersprämien berichtet die „Frl. Ztg.“ aus Schlesien:

„Eine eigentümliche Erscheinung macht sich anlässlich der vom Reichstage beschlossenen Unteroffiziersprämien bemerkbar. Es haben nämlich Unteroffiziere, die bereits eine Pensionsstellung gefunden hatten, in dieser aber noch nicht endgültig angestellt worden waren, ihre Gesuche um definitive Anstellung so lange zurückgezogen, bis sie im Militärverbande, dem sie somit noch aktiv angehören, ihr 12. Dienstjahr zurückgelegt und damit die Anwartschaft auf 1000 Mark Unteroffiziersprämie erworben haben. Diese Leute befinden sich also bereits in einem Pensionsdienste, beziehen die hiermit verbundenen Gehälter und bleiben formell auch berechtigt, Dienstprämien in ihrer Stellung als Militärs zu beanspruchen.“

Da kann es dann wol nicht fehlen, daß sie keine Sozialdemokraten werden.

Schlag. (Strafkammer. — Mißbrauch der Amtsgewalt.) Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Polizeisergeant Schramm von hier wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt zu verantworten. Er hat nämlich einen Lehrling, um von ihm ein Geständnis zu erlangen, gemißhandelt, mit einem Gummi-schlauch ins Gesicht und auf den Kopf geschlagen, daß Beulen entstanden. Ferner wurde dem Angeklagten der Vorwurf gemacht, ein Dienstmädchen bei einem Verhör in die Waden gewuchtet und geohrfeigt zu haben, was nicht als erwiesen angesehen wurde. Der Gerichtshof verurteilte Schramm zu 14 Tagen Gefängnis; der Staatsanwalt hatte 4 Monate Gefängnis und Unfähigkeitserklärung zur Verleumdung öffentlicher Reuter auf ein Jahr beantragt.

Der „Reichsbote“ enthält folgende Korrespondenz: Aus Schlesien. — Veranlaßt durch den Arbeitermangel, läßt die Herzogin von Sagan ein Hilfsgesangsverein einrichten, welche 30 Personen mit 3 Aufsichtern aufnehmen soll. Die Gefangenen werden auf der Versorgung der Gefangenenanstalt.

Ist da eine Kritik unserer wunderbaren gesellschaftlichen Zustände noch nötig?

Das polnische Pfund Kolbstock erhält man jenseits der Grenze, so wird der „Köln. Ztg.“ aus Oberschlesien gefachrt, während diesseits das um ein Viertel größere alte Pfund 70-75 Pf. kostet. 7 Pfund (poln.) Brodmehl spielen 38 Pf., ebenso viel feines Weizenmehl 60-80 Pf.

Daher ist es auch natürlich, wenn der Bergmann und Hüttenarbeiter, der „brühen“ in Arbeit steht, aber in Deutschland seine Familie hat und wohnt, fast täglich derartige Lebensmittel mit herüberbringt. — Es ist jedenfalls die Folge, gebung, die weise, mit welcher Bismarck der Not des armen Mannes abgeholfen hat, welche solche Erscheinungen nach sich zieht.

Reichenberg i. B., 15. April. Die streikenden Arbeiter der F. Schmitt'schen Spinnerei in Herrthal (etwa 700 an der Zahl) stellten heute folgende Forderungen: Abänderung des Schiedsgerichtes bei der Krankenkasse der Schmitt'schen Fabrik, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, Freigebung des 1. Mai als Arbeiterfeiertag, Abschaffung aller Strafen und Wiedereinnahme des entlassenen Arbeiters Rosa, wegen dessen Entlassung der Streik ausbrach, endlich wöchentliche Lohnauszahlung. Diese Forderungen wurden von den Chefs der Firma als unerfüllbar bezeichnet, worauf die Arbeiter die Erklärung abgaben, weiter streiken zu müssen.

Posen.

Posen. Der bei dem Streik, welcher am 10. d. Mts. aus Anlaß der Kontrollversammlung in Posen entstand, vom Gensdarmen Marz durch einen Schuß in den Unterleib verletzte Reservist Kobs ist gestorben. Der Obduktion der Leiche mußte auf Befehl des Brigadefeldkommandos der Gensdarm beimohnen.

Daß die sozialistische Bewegung auch unter den polnischen Arbeitern Posen's und Schlesiens in irgendeiner Richtung begriffen ist, davon legen die Korrespondenzen, welche allwöchentlich in der auf Beschluß des Posen'ser Parteitag's zu Neujahr ins Leben gerufenen „Gazeta robotnicza“ erscheinen, Zeugnis ab. Daß aber diejenigen polnischen Genossen, welche der allgemeinen Sache mutvoll zu dienen trachten, dort ebenso gemackelt werden wie hier, beweist wiederum ein Bericht in Nr. 13 der „Gaz. rob.“ aus Samter (Posen). Es muß dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß die hiesige Bewegung in hervorragenderem Maße auf die Landbevölkerung sich zu beziehen hat, weil gerade die Provinz Posen mehr eine aderbautreibende als eine industrietreibende Bevölkerung hat und letztere schließlich erst aus ersterer sich rekrutiert. Sodann ist zu beachten, daß der polnische Arbeiter nicht nur gegen seine Fabrikherren, sondern besonders gegen den noch dominierenden „ausgestammten“ Adel und gegen die allgewaltige Geistlichkeit zu kämpfen hat; also gegen zwei Faktoren, welche bei uns hier noch mehr oder weniger zu den überwundenen Standpunkten gehören. Die freiwillige Hingabe diesem polnischen Adel und der polnisch-katholischen Geistlichkeit gegenüber ist bis jetzt wol das grundfesteste Bollwerk gewesen gegenüber den Aufklärungsbestrebungen einzelner, dem armen Arbeiter und Landmann wohlgesinnter Männer, doch darunter ist es nun für alle Zeit vorüber. Die polnische Arbeiterbewegung greift so schnell und so stark um sich, daß den „Herren“ himmelangst wird und sie schon die Staatshilfe gegen dieselbe in denagatorischer Weise anrufen. Es genügt zu konstatieren, daß der erste Ansturm der Sozialdemokratie auf die polnischen Landesleute Deutschlands einen glänzenden Erfolg errungen hat — die Geißeln des armen polnischen Volkes, — Adel und Pfaffen — stehen mit schlotternden Beinen ratlos vor der Tatsache, daß ihre bisherige Allmacht gebrochen ist, der polnische Arbeiter will nicht mehr der Knecht — der freiwillige Leibzogene — sein, der er bislang gewesen; er ist zur Erkenntnis seiner Lage gekommen und hat seine beiden größten Feinde und Ausbeuter kennen gelernt. Die polnischen Genossen verdienen unsere volle Sympathie umso mehr, als sie auch noch seitens der Behörden Verfolgungen hinsichtlich ihrer Muttersprache zu erleiden haben und dadurch gewissermaßen noch unter einem ganz besonderen Ausnahmegezet stehen, weil deren Kinder mittels einer Sprache unterrichtet werden sollen, welche dieselben gar nicht verstehen. Darum wenden sie sich eben mit Ueberzeugung denen zu, von welchen sie wissen, inständig fühlen, daß sie, wenn nicht für sich, so doch für ihre Kinder und Enkel — durch deren Bestrebungen eine Anders-, eine Bessergestaltung der Verhältnisse zu erwarten haben. Sie sollen in ihrer Erwartung nicht getäuscht werden. Die Sozialdemokratie kennt keine Deutschen, keine Polen — weder Franzosen noch Engländer — sie kennt nur Menschen — ganz besonders aber unter diesen kennt sie die Bedrückten der Armut. Aber sie kennt auch die Mittel zur Bekämpfung der Ausbeuterei.

Die polnische Arbeiterbewegung greift so schnell und so stark um sich, daß den „Herren“ himmelangst wird und sie schon die Staatshilfe gegen dieselbe in denagatorischer Weise anrufen. Es genügt zu konstatieren, daß der erste Ansturm der Sozialdemokratie auf die polnischen Landesleute Deutschlands einen glänzenden Erfolg errungen hat — die Geißeln des armen polnischen Volkes, — Adel und Pfaffen — stehen mit schlotternden Beinen ratlos vor der Tatsache, daß ihre bisherige Allmacht gebrochen ist, der polnische Arbeiter will nicht mehr der Knecht — der freiwillige Leibzogene — sein, der er bislang gewesen; er ist zur Erkenntnis seiner Lage gekommen und hat seine beiden größten Feinde und Ausbeuter kennen gelernt. Die polnischen Genossen verdienen unsere volle Sympathie umso mehr, als sie auch noch seitens der Behörden Verfolgungen hinsichtlich ihrer Muttersprache zu erleiden haben und dadurch gewissermaßen noch unter einem ganz besonderen Ausnahmegezet stehen, weil deren Kinder mittels einer Sprache unterrichtet werden sollen, welche dieselben gar nicht verstehen. Darum wenden sie sich eben mit Ueberzeugung denen zu, von welchen sie wissen, inständig fühlen, daß sie, wenn nicht für sich, so doch für ihre Kinder und Enkel — durch deren Bestrebungen eine Anders-, eine Bessergestaltung der Verhältnisse zu erwarten haben. Sie sollen in ihrer Erwartung nicht getäuscht werden. Die Sozialdemokratie kennt keine Deutschen, keine Polen — weder Franzosen noch Engländer — sie kennt nur Menschen — ganz besonders aber unter diesen kennt sie die Bedrückten der Armut. Aber sie kennt auch die Mittel zur Bekämpfung der Ausbeuterei.

Standesamtliche Nachrichten.

Bom 16. April. Geburten I. Cigarrenmacher Karl Wahmann, kath., L. — Kirchenbeamter Ernst Semann, ev., S. — Stellmacher Karl Schmolke, ev., L. — Kutscher Karl Koch, ev., S. — Handelsmann Abraham Harpner, jüd., L. — Kaufm. Wilh. Körber, kath., L. — Nachtwachtmann Karl Vogt, ev., L. — Musiker Reinhold Schunke, ev., L. — Brauer Paul Hierchmann, kath., L. — Tischler Richard Schreiber, evang., L. — Restaurateur Paul Betermann, ev., S. — II. Maler Bruno Feide, kath., S. — Fabrikarbeiter Wilhelm Klesch, ev., S. — Pens. Lokomotivführer Karl Filtz, ev., L. — Lokomotivführer Arthur Hinte, ev., S. — Borchlosser Karl Dittfeld, ev., S. — Former Ernst Knymann, ev., L. — Lokomotivführer Adolf Müll, ev., S. — Kaufmann Josef Smodisowski, kath., L. — Maler Karl Archala, ev., L. — Schlosser Gustav Anders, kath., S. — Schlosser Oskar Kattke, evang., L. — Arbeiter Ludwig Michalkki, f., S. — Gärtner Konrad Hundeb, ev., L. — III. Buchdrucker Karl Klose, evang., S. — Arbeiter Bernhard Köhler, kath., L. — Tischlermeister Julius Hahn, kath., S. — Maler Mag Smetana, kath., S. — Schlosser Otto Heidenreich, ev., S. — Kutscher Karl Weiß, ev., S. — Dachbeder Franz Seibel, kath., L. — Arbeiter Karl Niemann, ev., Zwillinge (Söhne). — Zimmermann Hermann König, ev., S. — Arbeiter Johann Barnigke, kath., L. — Tischler Karl Schwarzer, kath., L. — Partikulier Heinrich Brinja, kath., S. Todesfälle II. Hausbesitzerin Karoline Mitzke, 48 J. — Richard, S. des Schlossers Otto Wismach, 1 J. 2 M. — Katernenwärter Ernst Hannig, 68 J. — Ofenbauefrau Aug. Frommer, geb. Hahn, 86 J. — Gertrud, L. des Restaurateurs August Garbow, 4 Mon. — III. Früherer Ritzgerutscher Hauptmann a. D. Theodor Diner, 84 J. — Eisenhäger

Georg Wöser, 21 J. — Bertha, L. des Porzellanküsters Carl Kütz, 9 J. — Bertha, L. des Arbeiters Wilhelm Hübsch, 8 J. — Hausbesitzerwitwe Louise Feiler, geb. Feiler, 68 J. — Marie, L. des Fischereimeisters Berthold Schabitz, 8 Mon. — Arbeiterin Auguste Baedchen, geb. Lange, 61 J. — Eisenbahnzeichner Otto Miete, 38 J. — Tischler Karl Schwarzer, 58 J. — Maurer Gottlieb Barnigke, 58 J. — Gertrud, L. des Schneiders Wilhelm Ullmann, 4 Wochen. — Gertrud, L. des Instrumentenbauers Eduard Pohl, 8 Wochen.

Heirat's- und Bindigungen I. Bahnarbeiter Josef Käfel, kath., Friedrich-Wilhelmstraße 35, und Hedwig Kämpel, kath., d'g'elbst. — Kaufmann und Fabrikbesitzer Wilh. Götter, ev., Wofenerstraße 34, und Agnes Kofak, ev., Neuschestr. 35. — II. Tischler Gustav Beer, ev., Sobestr. 28, und Anna Klonke, evang., Junkenstraße 14.15. — III. Tischler Eugen Brettschneider, ev., Absterstraße 1, und Nähterin Klara Bohlmann, ev., Karuthstraße 10.

Geburten I. Kretschmereschantler Julius Weisente, ev., mit Anna Janke, ev., hier. — Haushalter Alexander Franz, kath., mit Magdalena Bedler, ev., hier. — Telegraphenarbeiter Karl Wozny, ev., mit Elisabeth Kulig, ev., hier. — Arbeiter Hermann Haas, ev., mit Christiane Stahr, ev., hier. — Schiffbauer Heinrich Rynkowiak, ev., mit Klara Bäßler, ev., hier. — II. Arbeiter Alois Nowak, kath., mit Mar. Reisch, kath., hier. — Arbeiter Karl Emprich, ev., mit Ros. Seibel, geb. Treffer, ev., hier. — Kutscher Karl Emmer, ev., mit Karoline Weymann, ev., hier. — Lokomotivführer Karl Winterstein, ev., mit Bertha Karger, ev., hier. — Wagenheizer Hermann Kraufe, kath., mit Auguste Hoffmann, geb. Kams, ev., hier. — III. Klempner Ernst Karubke, ev., mit Bertha Meisel, hier. — Königl. Eisenbahn-Bademeister Paul Kapper, kath., mit Rosina Mannig, ev., hier.

Geburten I. Handelsmann Martin Berg, jüd., L. — Schuhmacher Josef Dittich, kath., S. — Stellenmacher Thomas Nowak, kath., L. — Eisenbahnarbeiter Paul Mitzke, kath., S. — Klempnermeister Hugo Kollita, kath., S. — Schiffs-eigner Friedrich Schmidt, ev., S. — Seifenfabr Berthold Schwöbel, ev., L. — Buchhalter Emil Malaszkewich, ev., S. — Bäckermeister Robert Wenda, kath., L. — II. Maurer August Lindner, ev., S. — Sergeant Richard Zuschnider, ev., S. — Fabrikarbeiter Gottfried Thorens, ev., L. — Städt. Wachtmann Johann Pastinak, ev., L. — Arbeiter Gottl. Poludniot, ev., S. — Schlosser Julius Schebrey, ev., Zwillinge (Sohn und Tochter). — Tischler Reinhold Buchmann, kath., S. — Kutscher Gustav Hermann, kath., S. — Arbeiter Emanuel Brsch, ev., L. — Postillon Friedrich Richter, ev., L. — Ober-lehrer Dr. Albert Neumann, ref., L. — Landeshauptkassen-kassirer Julius Christoph, ev., S.

Todesfälle I. Armenhausgenosse Georg Blümcke, 45 J. — Kutscher Heinrich Hiersemann, 58 J. — Fritz, S. des Buchhalters Arthur Linke, 17 J. — Verm. Stellenbesitzer Christiane Bänich, geb. Hamzel, 52 J. — Dienstmädchen Johanna Müller, 58 J. — Bewirtin Emilie Str. Pauline Freyberger, geb. Stibinski, 66 J. — Malergehilfe Franz Prokbe, 32 J. — Verm. Müller Maria Kerschmer, geborene Brouß, 52 J. — Maurer Karl Weie, 42 J. — Früherer Kolporteur Hugo Dworsky, 58 J. — Nähterin Anna Mäuser, 33 J. — Verm. Bäckermeister Anna Kalkbrenner, geb. Butter, 64 J. — Mag. S. des Tischlers Josef Barnert, 7 Mon. — Restaurateur Josef Kilma, 42 J. — Verm. Arbeiter Henriette Glodmann, geb. Kaiser, 72 J. — Martha, L. des Wötkers Adalbert Slier, 1 J. — Martha, L. des Schuhmachers Karl Barisch, 2 J. — Verm. Bildhauer Pauline Mächtig, geb. Hande, 32 J. — Handschuhmacher Karl Ködel, 64 J. — Anstreicher August Sonnenberger, 36 J. — Jda, L. des Brauers Paul Hierchmann, 6 J. — Schuhmacher Adolf Reichelt, 51 J. — II. Hedwig, L. des Schmieds Rob. Dartsch, 1 J. — Arthur, S. des Tischlers Karl Polte, 10 Wochen. — Arbeiter Johann Scholz, 42 J. — Rentiere Aug. v. Tischler und Bögendorff, 70 J. — Erna, L. des Kaufmanns Ernst Sawent, 1 J. — Kinderwärterin Marianna Piehlat, 50 J.

Streitigkeiten.

Früherhain. W. W. Ihre Einwendungen immer erwünscht. Bitte aber dieselben mir direkt zuwenden zu wollen. Beschleunigen Sie die Zusendung des Artikels „Suntangelegenheiten“. Fr. Kt.

Goldberg. Die Sache ist dem Genossen Schütz übergeben, von ihm erhalten Sie die Auskunft. Fr. Kt. jetzt in Berlin, vom 1. bis 3. Mai in Halle a. S.

Belgiz. W. Ihre Notiz durch ein Versehen im Seherjaal unter Oesterreich gebracht. (Nr. 87, S. 4.)

Breslau. W. G. E. Ihren Kummer haben auch wir, nur noch etwas härter. — Es bedarf Ihrerseits keines Appells an den „Partei-Patriotismus“. — Was wissen Sie übrigens von den Beiträgen? Sie sind offenbar sehr schlecht unterrichtet und urteilen daher ganz ungerecht. Sie übersehen auch völlig, daß die Sachlage vor dem Sozialistengesetz eine ganz andere war, als nach demselben. Zu einer weiteren mündlichen Auskunft sind wir bereit.

„Komplot“ gegen die deutsche Arbeiterklasse. Die hiesige bürgerliche Presse benimmt sich würdelos. Rein männliches Wort der Verurteilung! Bemäntelung und Totschweigen an der Tagesordnung. Es war das nicht anders zu erwarten.

Bresl. Morg. Ztg. Der Bruder Kapuzine wünscht in dem Samstag-Beitrag die Wahl Bismarcks mit bekanntem juristischem Vorbehalt; die „liberalen“ Brüder werden nach Kräften für die Erfüllung dieses Wunsches bemüht sein. Bravo!

Eugen Richters „Irrelehren“ berücksichtigten Angehörigen blühten in der Öffentlichkeit so stark ab, daß ein neuer freisinniger Kampf mit einem anderen, leider verrofteten Schwertein gegen die Wirklichkeitslehre der Sozialdemokratie in die Arena tritt. Herr Bartsch gegen — Karl Marx. Der Kasus ist natürlich lachhaft — und umso mehr, als unsere „große“ Breslauerin und alle fortschrittlichen Wis-listerleien sich dabei vor Vergnügen die Hände reiben. Dieses gedankenlose Nachwerk rennt nämlich hier und da mit teatralischer Pose eine offene Tür ein, was freilich amüfant genug ist.

Das ist die „wahrhaft vernichtende“ Kritik? Nein, liebe Breslauerin, das sind leider nur aufgewärmte Kohläberreste oder — alle Kamellen.

Briefkasten der Expedition. Preßfonds. Klub „Vorwärts“ 2,00 Mk. — Tagesiver 18,00 Mk.

Ausstattungs-Geschäft Wild & Co.

Damen, Herren,
Kinder u. Mädchen-
Confection.
Preis und nach Maß.

Modewaaren,
Cashemirs, sch. u. coul.,
Kleiderstoffe,
reine und Halbwole,
jeden Genus zc.

Bettzeug, Drell,
Leinen, Hindentuch,
Tischtücher, Zelels,
Servietten, Handtücher
zc. zc.

In Jedermann
Credit!
Albrechtsstr. 13, I.
Wild & Co.,
Ausstattungs-Geschäft.

In Jedermann
Credit!
Albrechtsstr. 13, I.
Wild & Co.,
Ausstattungs-Geschäft.

Möbel, Polsterwaaren,
Betten,
Kassens- und Wand-
Uhren etc.

Anzahlung
ca. der 4. Theil.
Abzahlung
nach Uebereinkunft.

Hüte, Stiefel,
Schirme
für Herren und
Damen zc.

Größt. etabliss.
dieser Art.
Princip:
Großer Umsatz,
kleiner Nutzen.

Größt. etabl.
dieser Art.
Princip:
Großer Umsatz,
kleiner Nutzen.

Täglich
auch Sonntags
geöffnet
von 8 Uhr Vorm. bis
9 Uhr Abends.

Kinderwagen,
Decken,
Teppiche.

Feste Preise,
conlaute Zahlungs-
bedingungen.
Aufmerkl. Bedienung.

Albrechtsstraße Nr. 13, I. Etage.

Ein honorables Leberhoch dem Kauf-
mann und Möbel-Espeiteur Herrn
Karl Maiwald
auf der Klosterstraße zu seinem Wiegens-
fest.
Seine Freunde:
A. E. G. R. W. W. J. Sch.

Großes Lager
aller Arten fertiger
Böttchergesäße
empfehlen **Paul Simon**,
Böttchermester, Albrechtsstraße 57.
Reparaturen werden schnell und billig
ausgeführt.

Um mit meinem bedeutenden
Rohtabak-Lager
zu räumen, verkaufe be-
sonders Sumatra zu und unter Kosten-
preis aus u. off. Sumatra à Pfd. 2,80,
statt 3,50 dto. 3,00, statt 3,50, dto. 3,50,
statt 4,00, dto 4,00, statt 4,50 etc. —
La La Carmen 1,10 und 1,20. Buhleth.
Pfälzer Einl. mit Umbl. 65 Pf.
Kemmler Nachfg.
Friedrich-Wilhelmstr. 2.

à Pfd. 30, 50, 75
Pfeulage wieder vor-
rätlich.
Tab.-Grus
Kemmler Nfg., Wilhelmstr. 2b.

Gummi.
St. Gummi-Artikel 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10
Max Sander.
Breslau, Rensche Straße 58/59.

Cigarren
aus gut brennendem u. rein schmeckendem
den Tabaken à 5, 4 und 3 Stück für
10 Pf und 5, 6—10 Pf à Stück, aus
erkannt beste Marken, sowie
Siam-, Kan- u. Javan-
tabake
und Cigaretten empfiehlt billigst
J. Anoffalla,
Lohestraße 9.
Filiale:
Gde Friedrich- u. Götzenstr. 25.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutir-Club C. P. Reinders.

Die Mitglieder des Clubs werden in ihrem höchst eigenem
Interesse ersucht, **Dienstag, den 21. d. Mts., Abends 8 Uhr**
zahlreich im Vereinslokal bei Herrn **Rüster, Lehndamm 28,**
dem Lesabend beizumohnen, um das Ziel zu verfolgen, welches wir
uns gesetzt.

Tages-Ordnung.

1. Vorlesung „Moses und Darwin“.
2. Vortrag vom Genossen **O. Schütz.**
3. Verschiedenes.

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Lese- und Diskutir-Club „Freiheit“

Vereinsabend jeden **Mittwoch** Abend, Punkt 8 Uhr, im Gast-
hof zur **Einigkeit**, Striegauerplatz 11, den 22. d. M. (Dienstag) ist folgende

Tages-Ordnung:

1. Vorlesung aus „Heine's Werke“.
2. Vortrag unseres Mitgliedes **Paul Kühn**: „Der 1. Mai“.
3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Der Mitgliedern hienüt zur Kenntnis das diese Versammlung
bereits um 6 Uhr eröffnet wird, und ist ein pächliches und zahlreiches Er-
scheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Gäste haben Zutritt und werden Mitglieder noch angenommen.
Nach Schluss der Versammlung findet ein gemütliches Beisammensein statt.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutir-Club „Solidarität“.

Mittwoch, den 22. April 1891:

fällt die Mitglieder-Versammlung aus.

Mittwoch, den 29. April 1891:

Mitglieder-Versammlung

in **Rüster's Lokal, Lehndamm 28.**

Tages-Ordnung:

1. Korrektur der Diskussions über den 4-Stundentag.
2. Vortrag des Genossen **Thater**: Die Kulturfähigkeit der Regier.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Lese- und Discutir-Club „Ferd. Lassalle.“

Mitglieder-Versammlung.

Jeden **Dienstag**, Abends 8 Uhr

im **Restaurant A. Schölzel**, Augustastr. Nr. 4.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Lese- u. Discutir-Club „Vorwärts.“

Mitglieder Versammlung **Donnerstag**, den 16. d. M., Abends 8 Uhr
in der Wohnung unseres Genossen **Salapfe**, Friedrichstraße 92, 3 Stiegen.
Der Vorstand.

Robert Pawliok, Sternstraße 68 und
Görschstr. 1. Etage
Lehrer-Vereinigung,
empfiehlt sein großes Lager von in
Gammeln-Geschäft zu außerordentlich billigen Preisen.
Die Behreibungen der Sozialdemokratie
bezeichnet von
Arvid Engen Richters.
Eine Streitschrift von **Kurt Gall**.
4 1/2 Bogen stark.
Preis 25 Pf. **Widerwärtiger** erhalten haben Kaball.
Zu bezogen durch die Expedition dieses Blattes.

Grosser Umsatz.
Kleiner Verdienst.



Grosser Umsatz.
Kleiner Verdienst.

Herren- und Knaben-Garderobe
von nur dauerhaft. Stoffen, gediegener Arbeit u. vorzügl. Schnitt, in grosser Auswahl, liefert bei streng reeller u. billigster Bedienung
zur Aibernen

19. J. Schönfeld, 19.